Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

70. Jahrgang | Freitag, 24. Juli 1931 | Nr. 167

Die Verhandlungen in London

Vorläufig keine Einigung auf breiterer Basis — Englische Verbitterung — Bankiers fahren nach Berlin

(Telegramm unserer Berliner Vertretung)

Pr. **Berlin**, 23. Juli.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Nachmittagssitzung in London werden keine offiziellen Mitteilungen ausgegeben, mit Ausnahme eines Reuter-Communiqués, in dem darüber berichtet wird, daß die Minister gestern über Entschließungen verschiedener Fassung berieten, die der morgigen Vollsitzung der Konferenz unterbreitet werden sollen.

Die interessierten Regierungen werden wahrscheinlich Frankreich, England und Amerika ersuchen, den bereits bewilligten 100 Millionen Dollarkredit an Deutschland auf drei Monate zu verlängern, außerdem dürfte die Empfehlung weitergegeben werden, daß die Zentralnotenbanken und großen Privatbanken dafür Sorge tragen, daß Kredite für die nächsten Monate nicht mehr zurückgezogen werden. Für die kleineren Schuldnerstaaten, die an dieser Konferenz nicht beteiligt waren, dürfte von der deutschen Regierung ein ausländisches Moratorium gegeben werden. Die dritte Empfehlung lautet auf Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite. Die von der deutschen Industrie übernommene Garantie von 500 Millionen Mark wird als geeignete Grundlage für die Gewährung neuer kurzfristiger Kredite betrachtet. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz dürften, wenn sie in diesem engen Rahmen fallen, natürlich nicht als befriedigend angesehen werden. Zu einer endgültigen Lösung kann allerdings der Besuch der einzelnen Minister in den verschiedenen Hauptstädten beitragen.

Der Konferenz hat vor allem der Gegensatz zwischen Frankreich und England geschadet. Wie sich herausstellt, hat England etwa 1½ Milliarden französischen Geldes nach Deutschland gegeben, das nunmehr von Frankreich abverlangt wird. Das hat die englische Regierung natürlich in große Verbitterung versetzt und im Augenblick eine Lösung auf breiterer Basis verhindert. Immerhin ist die Konferenz erst morgen abend zu Ende und so hofft man, daß in diesen 24 Stunden, die übrig bleiben, die Lösung auf breiter Basis gefunden werden kann.

Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz besteht darin, daß eine Reihe von Bankiers sich nach Berlin begeben werden, um hier einen dauernden Aufenthalt zu nehmen und die weiteren Kreditnotwendigkeiten zu prüfen. Von den Empfehlungen dieser Bankiers wird bei der Kreditgewährung viel abhängen.

Das Urteil der „Times" über die Londoner Konferenz

London, 23. Juli. (R.) Die heutigen Morgenblätter geben der Erwartung Ausdruck, daß die Beschlüsse der Sieben-Mächte-Konferenz ausreichen werden, um die finanzielle Lage Deutschlands für die Zukunft möglichst sicherzustellen. Sie sind der Meinung, die Konferenz werde sich heute gewissermaßen vertagen, sie werde aber im Herbst wieder zusammentreten. Es habe den Anschein, als ob das im Augenblick Notwendige zustande gebracht, die Hauptprobleme aber aufgeschoben worden seien. Der diplomatische Korrespondent des **„Daily Telegraph"** faßt seine Eindrücke dahin zusammen, daß er sagt, die Konferenz habe innerhalb ihres durch die Tagesordnung beschränkten Betätigungsfeldes einen befriedigenden Fortschritt zustande gebracht.

„Times" hingegen sind pessimistisch; sie sprechen in ihrem Leitartikel von einer verlorenen Gelegenheit und davon, daß Dr. Brüning mit leeren Händen aus London zurückkehren dürfte. Die Besprechungen hätten kein Ergebnis gezeitigt, das einer solchen eindrucksvollen internationalen Konferenz würdig wäre. Darüber die Enttäuschung zu verhehlen, würde zwecklos sein. Sie gehen dann weiter zu den Ursachen des „Fehlschlages" über: So lange Amerika es ablehne, meinen sie, sich mit den Kriegsschulden zu befassen und die französische Regierung sich auf keine Erörterung der Reparationen einlasse, sei es klar, daß kein wirklicher Fortschritt für die dauernde Regelung des deutschen Wirtschaftsproblems gemacht werden konnte. Es sei nur möglich gewesen, Maßnahmen zu vereinbaren, die verhindern sollten, daß sich Deutschlands Lage zu einer Katastrophe auswachse. So lange aber die Last der Reparationen auch nur annähernd in der jetzigen Höhe auf Deutschland liegen bleibe, werde es unmöglich sein, besonderes Vertrauen in seine finanzielle Zukunft einzuflößen, das das nötige fremde Kapital anzuziehen vermöchte. Indessen sei es besser als nichts, wenn die Gläubigerregierungen sich bereit erklärt haben, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß weitere Kredite aus Deutschland nicht zurückgezogen werden. Diese Tatsache an sich sei geeignet, das Vertrauen in Deutschland wiederherzustellen, und Deutschland könne für den Augenblick wenigstens sich weiterhelfen, wenn auch alles von der Beharrlichkeit und Entschlossenheit abhänge, mit der dieses Resultat aufgenommen und die weiteren notwendigen Maßnahmen ertragen werden würden. Jedenfalls sei es klar, daß es nicht lange mehr möglich sein würde, die wirklichen Probleme zu umgehen, was im Augenblick den Vereinigten Staaten und Frankreich gelungen sei. Denn was soll im nächsten Sommer geschehen, wenn die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen fällig wird? Die einzige Alternative sei Revision oder Chaos. Um dieses zu vermeiden, müsse das Werk der Revision so früh wie möglich unternommen werden, ohne das Deutschland und die Welt die industrielle Depression nicht überwinden könnten.

Zum Schluß sprechen **„Times"** die Hoffnung aus, daß der Ausschuß der B. I. Z., der zusammengerufen wird, den Gang der Ereignisse in Deutschland im Auge behalten werde und daß im Herbst die Londoner Aussprache mit Erfolg wieder aufgenommen werden wird.

Pariser Blätterstimmen zur Londoner Konferenz

Paris, 23. Juli. (R.) Die Morgenpresse bringt in den Berichten ihrer Londoner Sonderberichterstatter ihre Zufriedenheit über die Haltung der französischen Regierung zum Ausdruck. Hinsichtlich der Wirkung der Beschlüsse, die heute in London gefaßt werden sollen, macht sie jedoch gewisse Vorbehalte.

So führt der Außenpolitiker des **„Petit Journal"** u. a. aus, die Staatsmänner Deutschlands werden in London keine neuen Kredite, weder kurzfristige noch langfristige, erhalten. Wenn Dr. Brüning auch kein Geld oder Moratorium nach Deutschland bringe, so doch eine Art „unabschätzbare Unterstützung", aus der Deutschland einen gewissen Nutzen ziehen könne. Die deutsch-französischen Beziehungen hätten sich seit den Pariser Verhandlungen stark gebessert.

Die Londoner Beschlüsse, so schreibt der **„Matin"**, werden Deutschland eine wirkliche Erleichterung bringen, ohne daß man sich schon jetzt auf eine langfristige Anleihe festlege.

Der Außenpolitiker des **„Petit Parisien"** ist der Ansicht, daß das, was gestern noch unmöglich war, morgen doch dann möglich sein könne, wenn sich die Atmosphäre in Deutschland auf Grund der Pariser Verhandlungen verändere.

„Excelsior" meint, Dr. Brüning werde von London den Beweis nach Hause bringen, daß die Geste im Deutschen Reich Widerhall finden könne.

„Oeuvre" bezeichnet die zu treffenden Maßnahmen als rein banktechnischer Art, läßt aber die Frage offen, ob sie zu einer Behebung der deutschen Krise ausreichen würden.

„Journée Industrielle" ist der Ansicht, daß Europa ohne oder gegen Frankreich nicht aus seinen Schwierigkeiten herauskommen werde.

Léon Blum behauptet im **„Populair"**, daß man von einer verpaßten Gelegenheit sprechen könne, denn die Pariser und Londoner Verhandlungen hätten eine aufrichtige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland und eine gemeinsame Bemühung um Abrüstung und Konsolidierung bringen können.

Amerika über London

New York, 23. Juli. (R.) Im Gegensatz zu den Washingtoner Berichten der Morgenblätter, die von einer Befriedigung der offiziellen Kreise über die Ergebnisse der Londoner Konferenz sprechen, bringen die Informationen der **„New York-Times"** und **„Herald Tribune"** eine merkliche Enttäuschung und kritische Einstellung der Finanzkreise zu dem bisher Erreichten zum Ausdruck. Im Gebäude der Féderal Reserve Bank sei gestern eine Bankierversammlung abgehalten worden, über die jedoch keine offizielle Erklärung ausgegeben worden sei. Es verlautet aber, daß das Problem der kurzfristigen Kredite besprochen worden sei. Die hiesige Bankwelt erkläre sich besonders den — hier lediglich als Gentlemen Agreement bezeichneten — Versuchen abgeneigt, die die Verständigung über ein Nichtzurückziehen der kurzfristigen Kredite zu einem festen Abkommen stempeln wollen.

Die Bankwelt neige der Ansicht zu, gerade im eigenen Interesse des deutschen Kredites solle kein besonderer Nachdruck auf das „Einfrieren" der deutschen Kredite gelegt werden, denn dieses würde unter Umständen eine abschreckende Wirkung auf die Gewährung von Krediten haben können. Die Empfehlungen aus Bankkreisen, die vorgestern bekannt wurden, die Reparationen sollten gestrichen oder wenigstens vermindert werden, seien gestern aus Arbeiterkreisen durch eine ähnliche Erklärung des Präsidenten der Federation of Labour, Green, ergänzt worden.

Im Leitartikel der **„Herald Tribune"** wird im Hinblick auf diese Stimmung der Bankkreise gegenüber dem heute zu erwartenden Ergebnis der Londoner Konferenz ausgeführt, daß der in den Vorschlägen Hoovers enthaltene Plan — die Umwandlung von kurzfristigen Krediten in langfristige, der die Zustimmung des größten Teils der hiesigen Bankwelt finde — doch ein verbindendes Ziel zwischen dem, was bereits erreicht worden sei und was noch erreicht werden solle, biete. Diese Vorschläge weisen darauf hin, daß das volle Prestige der amerikanischen Regierung, das hinter den gegenwärtigen Bemühungen stehe, eine Lösung der deutschen Probleme erreichen werde, und daß es sich hierbei nicht um eine passive, sondern um eine aktive Unterstützung durch Amerika handele.

Die Zusammensetzung des nach Berlin zu entsendenden Finanzsachverständigenkomitees

London, 23. Juli. (R.) **Der Ausschuß von Finanzsachverständigen, dessen Entsendung nach Berlin vorgeschlagen wurde, dürfte, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" wissen will, aus folgenden drei hervorragenden Finanzsachverständigen bestehen: Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, Minister Sprague, amerikanischer Ratgeber der Bank von England, und Dr. Wallenberg (der schwedische Hauptsachverständige). Es sei zu erwarten, daß der Besuch dieser drei Herren in Berlin unmittelbar auf den Besuch Macdonalds und Hendersons folgen werde.**

10 000 Krankenkassen- und Versicherungsangestellten gekündigt

Warschau, 23. Juli. (Eig. Tel.)

Durch ein Rundschreiben des Haupt-Versicherungsamtes sind zum 31. d. M. mit dreimonatigem Termin in ganz Polen 10 000 Beamte gekündigt worden, die in den Krankenkassen, dem Arbeitslosenfonds und den örtlichen Sozialversicherungen beschäftigt werden. Die maßgebenden Kreise haben die Absicht, mit diesen Beamten neue Verträge auf erheblich herabgesetzter finanzieller Grundlage abzuschließen.

Die Zollunion vor den Weltrichtern

Zu dem Prozeß vor dem Haager Gerichtshof

Am gleichen Tage, an dem Brüning und Curtius von der Weltstadt Paris nach der Weltstadt London reisten, begann in der stillen niederländischen Residenz, dem Haag, wie wir gemeldet haben, der völkerrechtliche Prozeß über die deutsch-österreichische Zollunion. Das Wort „Prozeß" ist allerdings nur vergleichsweise anzuwenden, denn der Ständige Internationale Gerichtshof soll kein Urteil fällen, sondern lediglich ein Gutachten erstatten. Um dieses Gutachten hat ihn der Völkerbundsrat gebeten, der am 19. Mai beschloß, der Haager „Cour" folgende Frage vorzulegen: „Würde ein zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 19. März 1931 hergestellter Zustand vereinbar sein mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und dem ersten Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922?"

Dieser Prozeß und die ihm zugrundegelegte spitzige Diplomatenfrage nehmen sich etwas sonderbar aus in den Tagen, in denen die deutsch-französische Verständigung nach den Pariser Erklärungen einen „neuen Start" nehmen sollte. Denn der Prozeß entspringt dem Willen Frankreichs und der Tschechoslowakei, freilich auch Italiens, Deutschland und Oesterreich jene Zollunion zu verbieten, die nach der Ueberzeugung beider Länder lediglich ihre eigene Angelegenheit ist und keinem Außenstehenden etwas angeht.

Als der Völkerbundsrat im Mai sich mit dem französischen Protest gegen die Zollunion zu beschäftigen hatte, dachten die Franzosen ihren Einspruch vor allem auch auf den Artikel 80 des Versailler Vertrages zu stützen. Dieser Artikel handelt von der „Unabhängigkeit" Oesterreichs, wie man das Verbot des Anschlusses an Deutschland so verschämt genannt hat, und zwingt Deutschland, diese Unabhängigkeit als „unabänderlich" anzuerkennen. Indessen hat der Völkerbundsrat es abgelehnt, den Versailler Vertrag, also die Verpflichtungen Deutschlands, zum Gegenstand des Gutachtens zu machen. Er hat sich damit begnügt, den Friedensvertrag Oesterreichs heranzuziehen und ferner die Bedingungen zur Debatte zu stellen, die Oesterreich 1922 in höchster Not bei Gewährung der Völkerbundsanleihe unterschreiben mußte. In diesen Bedingungen verpflichtet es sich, ohne Zustimmung der Anleihemächte keine Veränderungen an seinem politischen Status vorzunehmen. Rund 25 Staaten haben den Friedensvertrag von St. Germain und das Genfer Protokoll über die Völkerbundsanleihe unterschrieben; nur drei von ihnen, nämlich Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei haben jetzt eine Verletzung dieser Verträge behauptet und es durchgesetzt, daß der Haager Gerichtshof über diese Frage ein Rechtsgutachten abzugeben hat.

Ein Rechtsgutachten! Das ist festzuhalten. Der eine von den beiden Anwälten, die Frankreich vor dem Haager Tribunal vertreten werden, Herr Paul-Boncour, hat dieser Tage noch in einer französischen Zeitung ausdrücklich auseinandergesetzt, daß es sich um eine rein juristische Frage handelt und sonst nichts. Er hat dabei auch erzählt, daß die französischen Vertreter mit ihren italienischen und tschechischen Kollegen sich rationell in die Arbeit des Protestes gegen die Zollunion geteilt hätten und daß man also ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen der

drei Mächte vor dem Haager Gerichtshof erleben werde. Für Frankreich plaidiert außer Paul-Boncour, der es bekanntlich fertig bringt, gleichzeitig französischer Sozialistenführer und Anwalt des rumänischen Königs Carol in dessen Liebesaffären zu sein, der Justitiar des französischen Auswärtigen Amts, Professor Basdevant, für Italien der frühere Außenminister Scialoja und Professor Piletti, für die Tschechoslowakei deren holländischer Gesandter Plezinder-Bozinow und der Prager Universitätsprofessor Krcmar. Diesen „Klägern“ stehen gewissermaßen, wenn auch nicht formell, als Verteidiger gegenüber der berühmte Berliner Völkerrechtler, Professor Bruns, und der Wiener Völkerrechtler, Professor Dr. Sperl, sowie Professor Dr. Kaufmann-Bonn. Sie vertreten Deutschland und Oesterreich.

Der Präsident des Haager Gerichtshofes, also der höchste politische Richter der Welt, ist ein Japaner, der kleine Herr Adatschi, vielen Besuchern der Völkerbundstagungen aus früheren Jahren wohl bekannt. Deutschland ist durch Professor Dr. Schücking unter den Richtern vertreten, England und Frankreich durch ihre Staatsjuristen Sir Cecil Hurst und Fromageot. Die Gesamtzahl der Richter beträgt fünfzehn; zum ersten Male nimmt auch ein Chinese, der Richter Wang Chung-Hui, teil.

Der erste Tag brachte beiden Parteien einen Mißerfolg. Sowohl Oesterreich wie die Tschechoslowakei verlangten, daß der Gerichtshof sich durch ein Mitglied ihres Landes ergänze, da eine vor dem Haager Gerichtshof stehende Partei satzungsgemäß Anspruch darauf habe, unter den Richtern vertreten zu sein. Das Gericht wies die beiden Forderungen jedoch ab, da beide Länder nur Glieder der Gesamtparteien Deutschland-Oesterreich und Frankreich-Italien-Tschechoslowakei seien.

So geht der Prozeß um die Zollunion nun seinen Gang, während vermutlich zur gleichen Zeit in London die Franzosen den deutschen Staatsmännern zusetzen werden, daß sie doch auf die Zollunion verzichten möchten. Die Deutschen werden erwidern können, daß es guter Brauch sei, in ein schwebendes Verfahren nicht einzugreifen. Was der Haager Prozeß bringen wird, ist ja noch ganz ungewiß. Zu der Unparteilichkeit dieses zum Teil mit den ersten Juristen vieler großer und kleiner Länder besetzten Gerichts darf man immerhin Zutrauen haben. Und außerdem vertrauen die deutschen Parteien auf ihr gutes Recht.

Professor Dr. D. Max von Rümelin gestorben

Tübingen, 23. Juli. (R.) Im Alter von siebzig Jahren starb gestern nachmittag der Professor der Rechtswissenschaft und Kanzler der Universität Tübingen, Staatsrat Dr. D. Max v. Rümelin. — Der Entschlafene war als Sohn des früheren württembergischen Kultusministers und späteren Tübinger Rechtslehrers und Universitätskanzlers Dr. Gustav Rümelin im Jahre 1861 in Stuttgart geboren, wurde 1889 Professor in Halle und kam 1895 nach Tübingen. Seit 1908 war er, wie sein Vater, Kanzler der Universität Tübingen. Nach Ablauf des Sommersemesters 1931 wollte Staatsrat Dr. D. v. Rümelin in den Ruhestand treten.



Prinzessin Helene im Exil

Die Prinzessin mit ihrem Bruder, Exkönig Georg von Griechenland, in London

Die geschiedene Gattin König Carols von Rumänien Prinzessin Helene, hat ihr Land vor kurzem verlassen müssen und lebt jetzt in der Verbannung in London.

Die polnische Presse zur Londoner Konferenz

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 23. Juli.

Die polnische Presse bespricht heute in Kommentaren das Ergebnis der Londoner Konferenz. In den letzten Tagen hat die Tendenz vorgeherrscht, den Verlauf der Londoner Konferenz als eine ständig an Umfang zunehmende Niederlage der deutschen Delegation hinzustellen. Die polnische Presse bemüht sich dabei, den Anschein zu erwecken, als ob Frankreich keineswegs gewillt sei, den Deutschen Hilfe zu erteilen, ohne politische Garantien, und als ob nur von der Gewährung dieser politischen Garantien überhaupt die vorläufige Beilegung abhänge. Gestern und heute jedoch ist die Stimmung in der polnischen Presse verhältnismäßig stark umgeschlagen. Man hat eingesehen, daß der Widerstand Deutschlands gegen die französischen Forderungen eine gewisse Unterstützung bei England und Amerika findet. Deutschland, das konsequent die Annahme der weitgehenden politischen Garantien Frankreichs verweigert, wird, wie der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz zeigt, auch ohne Frankreich die Schärfe der Krise lindern können. Die polnische Presse stellt das heute mit Bedauern fest und kommt zu dem Schluß, daß gleichzeitig mit dem Mißerfolg Frankreichs in London auch Polen einen Mißerfolg erleidet.

Die **„Gazeta Polska“** versucht noch einmal festzustellen, worum es auf der Londoner Konferenz eigentlich ging. Das Blatt sagt, daß es den Anschein hat, als ob die Ereignisse der Konferenz negativ sein würden. Das Schlußprotokoll würde natürlich irgend etwas sagen, aber etwas, was in keinem Falle mit den großen Hoffnungen in Einklang stünde, die man auf die Konferenz gesetzt hatte. Man müsse sich fragen, warum denn die Londoner Konferenz so auseinander gehe. Es habe den Anschein, als wenn Schuld daran in der Hauptsache die Tatsache wäre, daß die Beratenden vergessen hätten, worum es eigentlich ging. Der Welt ging es nicht nur um eine Hilfe für Deutschland, wenn diese Frage auch einen besonderen Platz in den Londoner Konferenz einnehme. Der Welt ging es vielmehr um erheblich größere und tiefere Ziele, nämlich um die Verbesserung der allgemeinen Lage, Beilegung der Krise, Brot für die Hungernden, und Arbeit für jedes Paar gesunde Hände in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland. Natürlich sei die Hilfe für Deutschland ein wichtiger Teil dieser großen Frage, aber sie habe nur dann Sinn, wenn sie wirklich als ein Teil der Gesamtfrage aufgefaßt werde. Man könne die Sache nicht nur von dem Standpunkt des bankrottierenden Schuldners und des beunruhigten Gläubigers aus betrachten. Man dürfe nicht die Augen davor verschließen, daß die Schwierigkeiten vor allen Dingen durch die deutsche Politik mit entstanden seien. Wenn die Gläubiger einen nicht zahlungsfähigen Schuldner retten sollen, so sei das richtig. Aber wenn die Gläubiger ihn deshalb retten, damit der Schuldner weiterhin seine zerstörende Tätigkeit ausübt, so helfen die Gläubiger weder dem Schuldner noch sich selbst, sondern beschleunigen nur das Mißgeschick der Welt. Die „Gazeta Polska“ hofft zum Schluß, daß im Laufe der Monate, die bis zur nächsten Konferenz verfließen werden, die ehrlichen Politiker in der Welt diesen Wert verstehen werden und besser als heute erkennen, worum es eigentlich gehe.

Das Mißglücken des französischen politischen Anschlages auf die Freiheit Deutschlands bringt besonders den **„Kur. Poranny“** in eine geradezu tollwütige Erregung. Das Blatt leistet sich wieder einmal die wüstesten und unparlamentarsten Ausfälle gegen Deutschland, von denen nachstehend nur einige wiedergegeben werden sollen. Der „Kurjer Poranny“ schreibt: Der deutsche Alarm hat sich als eine Lüge erwiesen, als eine Lüge erwies sich auch die Honigrede Brünings. Die Deutschen sind brutale Preußen geblieben und wollen sich nicht der Rolle eines guten Europäers anpassen. Eigentlich sind sie noch nicht einmal in den Vorraum des zivilisierten europäischen Hauses eingegangen. Sie fordern Blut und Betrug. Die großmütige Politik Briands, die so deutlich von dem großen Clemenceau gebrandmarkt wurde, habe die Deutschen nicht zu der Aufnahme des Geistes guter Europäer bewogen, sondern zur Verstärkung seiner preußischen Habgier. Sicherlich empfindet es Herr Briand sehr schmerzlich, wenn er sieht, daß seine Nachgiebigkeit der Keim für eine tödliche Krankheit geworden ist. Der brutale Wille Deutschlands trifft auf die verständige Opposition Frankreichs, das heute schon ein wenig gelernt hat, die deutsche Politik nach ihrem wirklichen Wert einzuschätzen. Frankreich stand vor der Frage, entweder 80 Millionen Mark zu verlieren oder zu diesen 80 Mill. noch einige Milliarden Franken hinzuzuzählen, und die ganze Summe in Gefahr zu bringen, wenn Deutschland nicht die Garantie gibt. Es hat das kleinere Uebel gewählt und will evtl. nur die 80 Mill. Mark verlieren. Die finanzielle Macht hat den Franzosen nicht den Kopf verdreht, aber daß sie den Wert der finanziellen Macht kennen, das haben sie in einer verhältnismäßig delikaten Form den Engländern, in deutlicherer Form schon den Deutschen zu fühlen gegeben. Das Gold fließt aus London nach Paris ab. Die Amerikaner verstehen nicht die Bedeutung der von Frankreich geforderten Garantien, die Engländer verstehen sie, aber durch die Befreiung Deutschlands von diesen Garantien wollen sie sich das Wohlwollen des Deutschen Reiches erkaufen und somit zur Schwächung der französischen Macht beitragen.

In jedem Falle würden wir raten, so schreibt der **„Kurjer Poranny“** weiter, unter den Vertretern der 7 Staaten in London nicht Ehrlichkeit zu suchen. Aus dem Verlauf der Konferenz ist festzustellen, daß es Deutschland nicht so schlecht geht, wie es der Welt vorgeklagt habe. Es liegt klar auf der Hand, daß sie kriegerische Gedanken haben, und zwar schon für eine gar nicht allzuferne Zukunft. Vielleicht werden sie noch in diesem Herbst die Forderung auf Revision der Verträge zum Schaden Polens vorbringen. Wenn der sozialistische Premierminister von England und die amerikanischen Potentaten wirklich den Frieden wollen, so werden sie auch Mittel dazu finden. Vorläufig ermuntern sie durch ihr Verhalten die Deutschen nur zum passiven Widerstand und zur Uebertragung des Gegensatzes auf ein Gebiet, auf dem er zwischen Frankreich einerseits und Amerika und England andererseits ausgetragen wird. Das Spiel ist zu grob, als daß man es nicht erkennen könnte. Es wäre sehr gut, wenn die Deutschen wirklich einmal die Not kennen lernten; in einigen Monaten würden sie gefügigere Unterhändler sein.

Auch das regierungstreue Organ der polnischen Großindustrie, der **„Kurjer Polski“**, bespricht das bisherige Londoner Ergebnis und schreibt, daß wenn man auch nicht endgültig wisse, was in London erreicht sei, doch schon das eine vollkommen fest stehe: Die Deutschen wollen sich unter keiner Bedingung und um keinen Preis mit den von Frankreich gestellten politischen Garantien einverstanden erklären und wollen sogar auf die Hilfe Frankreichs verzichten, ehe sie sich zu Zugeständnissen bereitfinden. Dabei sind diese politischen Bedingungen, die von Frankreich gestellt werden, im Grunde genommen, der Ansicht des Blattes zufolge, noch sehr gemäßigt, wenn nicht gar gering. Frankreich hätte so bedeutende Opfer auf dem Altar einer Verständigung mit Deutschland gebracht und dabei so bittere Erfahrungen gemacht, daß es schließlich das Recht hätte, ja sogar die Pflicht, bei weiteren Opfern auch neue politische Garantien zu fordern, die den guten Willen Deutschlands beweisen.

Aber die Deutschen weigern sich, obwohl sie am Rande des Abgrundes stehen. Ihnen droht der endgültige Ruin, der völlige wirtschaftliche Verfall — so verkündigen sie wenigstens der ganzen Welt — aber trotzdem haben sie nicht die Absicht, auch nur für 10 Jahre von ihrer revisionistischen Politik abzugehen, von ihrer Politik der Rache, des Hasses und der Abenteuer, die nicht nur für Europa gefährlich ist, sondern auch für sie selbst. Wenn es in London tatsächlich dazu kommt, daß die Hilfe für Deutschland ohne Frankreich beschlossen wird, so bedeutet das im Grunde genommen, daß Deutschland den Franzosen den Handschuh vor die Füße wirft, und Frankreich wird nichts anderes übrig bleiben, als diesen Handschuh aufzunehmen.

Der neue amerikanische Vorschlag

Wortlaut des Hooverplanes

Der volle Text des Vorschlags, den Amerika durch Stimson der Londoner Konferenz unterbreiten ließ, lautet:

Der Kern des Problems ist die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaft sowohl in Deutschland selbst wie im Ausland. Was die politische Seite anbetrifft, so hofft Amerika, daß die Völker Europas durch gegenseitiges Verständnis und guten Willen alle Reibungsverhältnisse beseitigen, damit die Welt mit der politischen Stabilität Europas rechnen kann. Was die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so ist die gegenwärtige Notlage durchaus eine Krise kurzfristiger Kredite. Der Hauptdruck auf Deutschlands Wirtschaft in der Zeit der Depression ist durch den gemeinschaftlichen Schritt der Gläubigermächte mit der Suspendierung aller Zahlungen aus Regierungsschulden für ein Jahr erleichtert worden. Deutschland hat aber sein Wirtschaftsleben zu einem sehr beträchtlichen Grade mittels ausländischer kurzfristiger Kredite finanziert. Es liegt kein Grund vor, die Sicherheit der Grundlage, auf der diese Kredite ruhen, zu bezweifeln. Aber die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit brachte einen solchen Verlust an Vertrauen mit sich, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt war.

Diese Belastung nahm zwei ganz bestimmte Formen an, deren Folge ein Abfluß der Bankmittel und eine Verminderung des Gold- und Devisenbestandes war. Erstens gab es eine Flucht aus der Mark in Deutschland selbst, zweitens wurden ausländische Depositen abgezogen und die Kredite von ausländischen Banken beschnitten. Diese Bewegungen sind durch nichts zu rechtfertigen, und wenn sie durch eine gemeinsame Aktion aufgehalten werden können, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte. Was das Nächstliegende betrifft, nämlich die innere Flucht vor der Mark, so kann diese — und es geschieht dies bereits — erfolgreich bekämpft werden durch die entschiedenen Maßnahmen der deutschen Regierung und der Reichsbank. Wenn die unberechtigte Besorgnis einmal überwunden ist, so kann der Patriotismus des deutschen Volkes sicherlich dazu geführt werden, die Zerstörung des Kredits des eignen Landes zu verhindern.

Was die auswärtigen Kredite betrifft, so glauben wir, daß eine erste Annäherung an dieses Problem in der Aufstellung eines Programms besteht, das eine Verlängerung der laufenden Kredite um eine angemessene Frist ermöglicht.

In diesem Zusammenhang nehmen wir an, daß diese Kredite zusammen mit der Befreiung von den Reparationen und den sich aus der Behebung der Panik ergebenden natürlichen Gewinn genügen sollten, um den gegenwärtigen Bedarf der deutschen Wirtschaft zu decken. Anderseits dürfe klar sein, daß, sofern für die Aufrechterhaltung der Kredite keine Maßnahme getroffen wird, ein Versuch, neue kurzfristige oder langfristige Kredite zu beschaffen, unwirksam sein würde.

Bei der Entwicklung eines solchen Programms könnten die Länder, die Hauptbankzentren besitzen, einschließlich der Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Japan und der Schweiz und andre wichtige Bankzentren es gut auf sich nehmen, ihren Bankiers anzuempfehlen, in der Weise organisatorisch vorzugehen, daß es ermöglicht wird, die laufenden Kredite für Deutschland für einen angemessenen Zeitraum aufrechtzuerhalten. Die Verantwortung für die Ausarbeitung der Einzelheiten eines solchen Programms und der Methoden, um es mit gebührender Berücksichtigung des Schutzes für die Banken und der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft wirksam durchzuführen, sollte den Bankgemeinschaften der betreffenden Länder überlassen werden, und den Zentralbanken könnte, so glauben wir, das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie die notwendige Führerschaft übernehmen.

Derartige freiwillige Abmachungen sollten für die gegenwärtige Zeit ihre Ergänzung finden in einer strengen Kontrolle aller Devisentransaktionen durch die Reichsbank, derart, daß die Integrität des Programms aufrechterhalten werden kann, und daß die Banken, die daran teilnehmen, versichert sein können, daß keine willkürlichen Abziehungen stattfinden, weder von deutscher Seite noch außerhalb Deutschlands. Das wird zur Aufrechterhaltung des Gesamtbestandes der Kredite aus jedem Lande beitragen.

Wir sind der Ansicht, daß, wenn ein derartiges System schnell zur Ausführung gebracht würde, eine unmittelbare Wiederherstellung des Vertrauens die Folge sein würde, und daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Notwendigkeit für eine Beschränkung dieser Art verschwinden und dann wieder normale Verhältnisse zur Herrschaft gelangen würden.

Für das Vertrauen auf ein solches Ergebnis besteht um so mehr Grund angesichts der Tatsache, daß das Programm der Vereinigten Staaten für die Suspensionen der Schuldenzahlungen wirksam geworden ist, und die Ereignisse, die der Ankündigung dieses Programms folgten, deutlich beweisen, daß die Befreiung von der Zahlung der gegenseitigen Regierungsschulden in den Augen der Geschäftswelt die Grundlage für ein erneutes Vertrauen gelegt hat.

Von der B. I. Z. sollte ein Ausschuß ernannt werden, oder es sollte ein Ausschuß auf irgendeine andre angemessene Methode geschaffen werden, um ein Zusammenwirken in betreff der folgenden Fragen zu gewährleisten: Um zunächst im Einvernehmen mit den Bankinteressen in den verschiedenen Ländern von diesen Ländern Vorsorge zu treffen für die Wiedererneuerung des gegenwärtigen Bestandes der laufenden kurzfristigen Kredite, um zweitens über die unmittelbaren weitern Kreditbedürfnisse Deutschlands eine Untersuchung anzustellen, und drittens über die Entwicklung von Plänen während des Verlaufs der nächsten sechs oder acht Monate für eine teilweise Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite.

Hagelsturm in Ostgalizien

Warschau, 23. Juli. (Eig. Tel.)

In Ostgalizien tobte gestern in einer Reihe von Ortschaften ein schwerer Hagelsturm, der großen Schaden angerichtet hat. In einigen Kreisen der Wojewodschaft Lemberg wurde die Ernte durch den Hagelschlag bis zu 60 Prozent vernichtet. Nach bisherigen Feststellungen beläuft sich der durch den Hagelschlag angerichtete Schaden auf 200 000 Zloty. In einigen Gemeinden des Kreises Buczacz wurden durch den Hagel 4 Gebäude vernichtet. Auch in anderen Kreisen Ostgaliziens ist starker Schaden angerichtet worden.

In das Gebiet der Zerstörungen bei Lublin ist gestern der Vizeminister Szubartowicz abgereist, um die Zerstörungen persönlich in Augenschein zu nehmen. Die Zahl der Opfer hat sich inzwischen auf 6 erhöht, da noch ein Schwerverletzter seinen Verletzungen erlegen ist. Vizeminister Szubartowicz hat mehrere zerstörte Ortschaften aufgesucht und auf telegraphischem Wege eine Summe von nur 15 000 zl als dringende Hilfe für die durch den Sturm Geschädigten überweisen lassen. Es werden weitere Hilfsmaßnahmen von der Regierung erwogen.

Posener Tageblatt **Aus Stadt und Land** Nr. 167 Freitag, den 24. Juli 1931

Hundstage?

Heute, am 23. Juli, beginnen die Hundstage. Sie sollen bis zum 23. August dauern. Große Angst brauchen wir vor ihnen nicht zu haben. Die Erfahrungen des diesjährigen Sommers sind nicht so, daß uns vor Angst der Schweiß aus allen Poren brechen muß. Uebrigens haben die Tage ihren merkwürdigen Namen nicht davon, daß die Hitze an ihnen „hundemäßig" heiß ist. Vielmehr stammt die Bezeichnung aus der Astronomie. Vielmehr ging in diesen Wochen der Hundsstern oder Sirius bei den Griechen mit der Sonne auf und nieder. In Griechenland ist diese Zeit sehr gefürchtet wegen der großen Hitze. Bei uns soll die Wärme in diesen Wochen angeblich auch besonders groß sein, was aber für dieses Jahr scheinbar nicht zutreffen wird.

Sie wollen menschenwürdige Wohnungen haben!

Eine Demonstration gegen das Wohnungselend

em. **Posen,** 23. Juli. Gestern in den Vormittagsstunden begab sich eine größere Menschenmenge, alles Bewohner der sogenannten Magistratsasyle in den Ausstellungshallen auf dem früheren „Lustigen Städtchen", vor die hiesige Wojewodschaft in der Taubenstraße (ul. Golębia), um gegen die in ihren „Wohnungen" herrschenden ungesunden Zustände zu protestieren. Der Eintritt wurde ihnen jedoch mit Ausnahme einer Delegation, die vom Vizewojewoden empfangen wurde, verweigert. Die Delegation führte Klage über die dort herrschenden Wohnverhältnisse, die unter aller Kritik seien und seitens des Magistrats nicht beseitigt würden. Der Rest der Demonstranten wurde unter starkem Polizeiaufgebot auseinandergetrieben.

Kleine Posener Chronik

× **Eine künstlerische Ueberraschung** steht Posen bevor durch die Gastspiele des hervorragenden Künstlers Juljusz Osterwa und des bekannten „Reduta"-Theaters. Die Gäste treffen Ende des Monats hier ein und geben im Teatr Nowy drei Vorstellungen, deren Ankündigung großes Interesse erweckt hat.

× **Die polnischen Ferienkinder,** die aus Deutschland am 4. Juli zu ihren Verwandten nach Polen gekommen waren, kehren am Sonntag, dem 2. August, abends wieder zurück. Die genaue Stunde der Abfahrt des Leipziger und Berliner Transports soll in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

em. **Unfälle.** Der 26jährige Arbeiter Josef Filipiak aus Żabikowo, welcher auf dem Bahnhofe mit dem Abladen von Bierfässern beschäftigt war, verlor die Gewalt über ein Faß, welches herunterfiel und einen Fuß vollkommen zerquetschte. Der hinzugerufene Arzt der Bereitschaft erteilte dem Verunglückten die erste Hilfe. — Der 10jährige Theodor Borowiak, welcher bei seiner Großmutter, ul. Wszystkich Świętych (Allerheiligenstraße), zu Besuch weilte, bestieg einen Birnbaum, von welchem er herunterfiel, wobei er sich schwere innere Verletzungen zuzog. Der hinzugerufene Arzt der Bereitschaft sorgte für die Ueberführung des Verunglückten in ein Krankenhaus.

em. **Vergiftung.** Das 2jährige Kind des Leon Z. am Warschauertor griff nach einer mit Lauge gefüllten Flasche und trank den Inhalt. Der hinzugerufene Arzt stellte eine Vergiftung fest und ordnete die Ueberführung des Kleinen in das St. Josefsstift an.

em. **Messerheld.** Der 19jährige Heinrich Czacz, ul. Gasiorowskich 2, wurde in der Glogauerstraße von dem Theodor Brejnakowski angerempelt. Als er ihn deswegen zur Rede stellen wollte, erhielt er einen Messerstich in den rechten Oberschenkel. Der Verletzte wurde vom Arzt der Bereitschaft verbunden.

em. **Verkehrsunfall.** Das Auto P. Z. 40 518, geführt vom Chauffeur Michael Sklepik, stieß mit dem Radfahrer Czeslaus Lewandowski aus Buk zusammen. Lewandowski, welchen die Schuld trifft, da er auf der unvorschriftsmäßigen Seite fuhr, erlitt einen Armbruch und schwere innere Verletzungen. Er wurde in das Städtische Krankenhaus gebracht.

em. **Festgenommene Einbrecher und Hehler.** In der Nacht zum 24. v. Mts. wurde in das Kurzwarengeschäft der Marie Biernacka in Kosten eingebrochen, wobei Waren im Werte von 3000 Zloty gestohlen wurden. Die sofort angestellten Ermittlungen führten zur Festnahme der Hehler in Posen. Es sind dies bereits vorbestrafte und der hiesigen Polizei bekannte Diebe, nämlich ein Andreas Szafrański und seine Ehefrau, eine Marie Janusz und eine Stanislawa Zielińska. Bei ihnen wurde auch die Diebesbeute gefunden. Die Ermittlungen führten dann weiter zur Festnahme des Haupttäters, eines Karl Szubczyński aus Birnbaum, welcher die Tat eingestanden hat. Sämtliche Einbrecher und Hehler wurden in das Gerichtsgefängnis überführt. — In die Kellerräume des Kaufmanns Kronenberg, ul. Wielka Nr. 24 (Breitestraße), wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei den Tätern verschiedene Kurzwaren im Werte von 4000 Zloty in die Hände fielen. Wie nunmehr festgestellt wurde, betreibt der der Polizei gut bekannte Sigismund Kujawa einen Straßenhandel mit billigen Strümpfen, wobei ihn seine verheiratete Schwester Wladyslawa Karasiewicz, welche in der Langestr. Nr. 13 (ul. Dluga) ein Vorkostgeschäft führt, unterstützte. Die von den beiden verkaufte Ware wurde von dem Geschädigten als die ihm gestohlene wiedererkannt. Bei der Haussuchung wurden verschiedene silberne Messer, Gabeln und Teelöffel, die von Diebstählen herrühren, vorgefunden. Kujawa und Karasiewicz wurden festgenommen.

Posens gefährlichste Cholera-Epidemie (1852)

Nachdem in den Jahren 1849 und während der Mobilmachung im Winter 1850/51 einzelne Choleraerkrankungen in Posen vorgekommen waren, ohne Anlaß zu einer epidemischen Verbreitung derselben zu geben, brach 1852 die fürchterlichste der Posener Epidemien herein, welche die oft ausgesprochene Annahme, die Cholera sei vorzugsweise eine Krankheit des Proletariats, Lügen strafte.

Seit dem Mittelalter war Posen gezwungen, Röhrenleitungen anzulegen, um Wasser nach der Stadt zu schaffen. Nach alten Schriftstellern scheint es, daß die Stadt Posen Wassermangel hatte, denn aus dem See bei Seewört leitete sie durch die Bogdanka Wasser in die Festungsgräben und speiste damit auch ihre Stadtmühle am Sapiehaplatz, früher Bogdankamühle genannt, während sie aus den Bergen (am heutigen Fort Winiary) ihr Trink- und Gebrauchswasser bezog. Die ersten Bestrebungen der Stadt, sich durch Röhrenleitungen gutes Wasser zu verschaffen, fallen mit den Pestepidemien zusammen, bei denen das Volk aller Orten, wie bekannt, an Brunnenvergiftung glaubte. Das Judenviertel hatte, wie aus einem alten Privilegium zu schließen, in diesen Bergen seine eigene (heute noch Judenbassin genannte) Quelle, war daher, wie erwähnt, in den Choleraepidemien mit gutem Wasser versorgt, während die schlechten Häuser und Kloakenverhältnisse ihres Quartiers zum größten Teil jeder Beschreibung spotteten.

Die meisten Brunnen der Stadt hatten ein so schlechtes Wasser, daß mehr als 30 sowohl öffentliche wie private im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts polizeilich geschlossen worden sind. Mit der Fertigstellung der Festungswerke im Westen und Südwesten der Stadt begann für die hochgelegene Oberstadt, welche von der 1¼ deutsche Meilen langen alten Quellenleitung nicht gespeist werden konnte, ein außerordentlicher Wassermißstand. Die Teiche und meisten Brunnen der Oberstadt versiegten, denn das ihnen aus der über dem mächtigen Lettelager liegenden Sandschicht bisher zugeströmte Wasser verlor sich und nahm seinen Weg in die Festungsgräben, welche die Stadt von Südwesten umschlossen. Der Militärfiskus gab zwar Geldmittel zur Vertiefung und Neuanlage von Brunnen, doch wurden die Verhältnisse nicht besser, und führten schließlich 1865/66 zur Anlegung der Wasserwerke. Die Bogdanka, ein Nebenflüßchen der Warthe, nahm eine Meile von Posen ihren Weg durch einen Dorfteich, speiste dort die Strzeszyno-Mühle mit einem zwar klaren, aber sumpfig schmeckenden Wasser, verschlammte bereits unterhalb derselben in der Wiese bei Golencin und gelangte von dort über Jersitz, dessen Schmutzwasser aufnehmend, nach Posen, wo sie 1852 noch die 4 Teiche bildete, entwässerte Rinnsteine, Kasernen, erlitt vielfache Verunreinigung von den Anwohnern, verpestete in wärmeren Tagen die Luft und erzeugte längs ihres Laufs zahllose Cholera-Erkrankungen der Anwohner, welche das Wasser zum Waschen und Wäschespülen benutzten, sich somit denselben Fährlichkeiten aussetzten, wie die mit dem Besorgen der Wäsche der Cholerakranken betrauten Personen.

An der Stelle, wo Bogdankateich und Festungsgraben früher in Verbindung standen, wurde später die Frohnveste erbaut. Beim Abbruch dieses Gefängnisses, an dessen Stelle das Oberlandesgericht erbaut worden ist, sah man, daß **die Frohnveste auf Pfahlrosten und aufliegenden Rosten ruhte.** Man stieß auf einen vollkommen morastigen Untergrund, Verbindung des Grundwassers mit der Bogdanka, so daß bei beständigem Auspumpen 2½ Meter Sand aufgeschüttet werden mußten, nachdem vorher die ganze Baufläche ausgeschachtet worden war, bei welcher nur in einem Zipfel eine Sandschicht sich befand. So war der Boden der Frohnveste, welche 1848 seuchenfrei geblieben, beschaffen. Um auch des östlichen Stadtteils zu gedenken, sei bemerkt, daß der erwähnte Festungsplan schon damals die Dominsel als von einem Morast umgeben bezeichnet. Heute befindet sich dort der Vorflutgraben.

So stand es in Posen, als es von seiner schwersten Epidemie betroffen wurde, die ihm bei 2751 Erkrankungsfällen 1556 Personen raubte, unter ihnen hochgestellte Damen und Offiziere, Räte der Regierung, Richter, Aerzte, Apotheker und viele andere angesehene Männer aus der Bürgerschaft.

Die Cholera wurde am 22. Juli durch die Gattin des hiesigen Apothekers Däne nach Posen gebracht. Aus dem von der Cholera bereits schwer heimgesuchten damaligen Grenzort Pleschen von einer Besuchsreise hierher zurückgekehrt, erkrankte sie und starb innerhalb 24 Stunden. Von dieser Zeit kamen in dem, bis dahin unberührten Posen anfangs täglich 2—6 Erkrankungen vor, vom 14. August aber schon deren 30 auf den Tag, 58 Personen starben innerhalb 4 Tagen. Am 18. August erscheint die erste amtliche Kundmachung mit 82 Tages-Erkrankungen und 36 Todesfällen.

Täglich erlagen der Epidemie 20—60 Personen. Der tägliche Krankenbestand hatte die Zahl 591 erreicht. Am 30. September war die Epidemie von der Polizeibehörde für erloschen erklärt.

Die Zahlen beweisen die alle früheren Epidemien weit überragende Heftigkeit. Seit Ende Juli hatte eine wahrhaft tropische Hitze geherrscht. Am 9. August zählte die Garnison 700 infolge der Hitze bei den Manövern erkrankte Soldaten, darunter nur einen Cholerafall vom 31. Juli. Nach vielen Wochen fast unerträglicher Glut und bis zur Dürre sich steigernder Trockenheit erfolgte am 1. September ein heftiges Gewitter und Regen mit nachhaltiger Abkühlung, und wie mit einem Zauberschlage änderten sich die Krankheitsverhältnisse. Die Erkrankungen minderten sich, der Prozentsatz der Genesenden nahm zu.

Es war betreffs der Wirkung des Gewitters gerade das umgekehrte Verhältnis des Jahres 1848, in diesem nach dem Gewitter Eintritt heißer und trockener Tage mit zunehmender Cholera, 1852 Gewitter mit folgender Abkühlung und Abnahme der Krankheit.

Die einzelnen Stadtteile waren sämtlich ergriffen, vor allem die Fischerei, dann Wallischei und Graben. Daß die Neustadt eine verhältnismäßig so große Erkrankungszahl hatte, erklärt sich zum Teil durch die erwähnten sanitären Schäden, hat aber auch zum Teil seinen Grund in dem durch die Epidemie des Jahres 1848 erzeugten Wahn, die Cholera ergreife nur das Proletariat, was dazu führte, daß selbst in gebildeten Kreisen ein diätisches Verhalten von vornherein nicht beobachtet wurde. In erster Linie wird aber das damalige Unglück der Neustadt mit den Schäden des Gebrauchswassers und der durch die große Hitze doppelt gefährlich gewordenen Bogdanka in Verbindung zu bringen sein.

Eine besondere Beachtung müssen wir der außerordentlichen Ausbreitung auf der Fischerei widmen, wo jedes Haus Tote hatte und von 2000 Personen 8 Prozent gestorben sind. Die Fischerei war vom Karmelitergraben umgeben, welchem, wie bereits erwähnt, alle Schmutzwässer von den in Wilda befindlichen Kasernen sowie von den Häusern auf St. Lazarus zuflossen, so daß die um die Fischerei herum stagnierende Jauche einen unerträglichen Gestank verbreitete. Es ist von hochgradigem Interesse zu sehen, was man in der Assanierung eines Terrains leisten kann; denn als man nach der Epidemie von 1852 den Karmelitergraben von der Stagnation der Effluvien des Berges dadurch entlastet hatte, daß man den Graben höher gelegt und gepflastert hatte, zeigte die Fischerei in der Choleraepidemie von 1866 keine höhere Sterblichkeitsziffer als die Neustadt, obschon sie die Stätte der ärmeren Bevölkerung geblieben war.

Tödlicher Sturz aus dem Fenster

× Ostrowo, 23. Juli. **Die 55jährige Veronika Ulychnowska wurde das Opfer eines bedauernswerten Unfalls. Sie versuchte eine nasse Bettdecke zum Trocknen aus dem Fenster herauszuhängen, wobei sie sich mit der Hand am Fensterkreuz festhielt. Das Fensterkreuz zerbrach, so daß die Frau das Gleichgewicht verlor, um aus dem Fenster zunächst auf einen Beton-Balkon in der ersten Etage und dann weiter auf den Boden herunterzustürzen. Die Verletzungen, die sich die Bedauernswerte zuzog, waren so schwerer Natur, daß sie nach 15 Minuten starb. Die Schuld trifft den Hausbesitzer Franz W., der wußte, daß der Rahmen morsch war, ohne für seine Erneuerung gesorgt zu haben.**

45 Jahre Dienst an der Gemeinde

Uns geht folgende Zuschrift zu, der wir gern Raum geben. Die Red.

Die Kirchengemeinde Rogowo gab gestern ihrem verehrten Seelsorger, Herrn Pastor Rogall, ein wohlgelungenes Abschiedsfest zum Abschluß seiner 45jährigen Tätigkeit in Rogowo. Zu Hunderten waren die Gemeindemitglieder zusammengeströmt, jung und alt bestrebt, dem geliebten Jubilar ihre Dankbarkeit für sein treues, verständnisvolles Wirken zu zeigen. Mit Kinderreigen begann das abwechslungsreiche Programm; Posaunen- und Liederchöre, stimmungsvolle Deklamationen erfreuten die Zuhörer, und ganz besonders ein Zwiegespräch, von Herrn Weidemann aus Mittelwalde verfaßt, das längst verklungene Erinnerungen — scherzhafte und ernste — in dem greisen Jubilar aus dem Anfang seiner Rogowoer Tätigkeit weckte, von ihm freudig-bewegt ergänzt, so daß sich vor den Augen der um ihren Pfarrer zum letzten Mal gescharten Gemeinde noch einmal das Lebensbild dieses aufrechten, pflichttreuen, gütigen Menschen entrollte. Die Frauenhilfe bewirtete hausfraulich die vielen Gäste, die jungen Mädchen erfreuten die Herzen durch ein von Frl. Gluth künstlerisch hübsch arrangiertes und ebenso vorgetragenes Spiel. Herr Superintendent Heyse sprach den Dank der Kirche aus. Ein Album mit Bildern seiner Wirkungsstätte und seiner Mitarbeiter wurde dem Scheidenden, der seinen Lebensabend in Thorn zu beschließen gedenkt, als Gruß seiner treuen Gemeinde überreicht. Das Fest war ein sprechender Beweis dafür: Wer Liebe sät, auch Liebe erntet.

Kreuzotterbisse

DKGS. In der warmen Jahreszeit tritt auch in einzelnen Gegenden unserer Provinz die Gefahr des Schlangenbisses etwas in den Vordergrund. In der Hauptsache kommt nur die Kreuzotter in Betracht. Die Kreuzotter bevorzugt Heide- und Moorgegenden. Man findet sie namentlich im Heidekraut und Moos und auch unter Heidelbeersträuchern. Beerensammler und Leute, die berufsmäßig Wald und Wiese außerhalb der Wege durchstreifen müssen, laufen somit am meisten Gefahr, gebissen zu werden. Ein fester Lederstiefel schützt im allgemeinen genügend vor dem Biß. Wer sich auf derartiges Schuhzeug nicht verlassen kann oder der strumpflosen Mode huldigt, sei also beim Betreten von Wald und Wiese außerhalb der festen Wege etwas vorsichtig.

Im übrigen ist der sofort richtig behandelte Kreuzotterbiß nicht unbedingt lebensgefährlich. Unter allen Umständen müssen aber gebissene Personen nach Abbinden des verletzten Gliedes oberhalb der Bißstelle sofort zum Arzt geschafft werden, der gegebenenfalls das in Apotheken und Krankenhäusern vorrätige wirksame Kreuzotterserum anwenden kann.

Man sei also im Walde immerhin vorsichtig, wenn man auch nicht überängstlich zu sein braucht.

Kommunistische Agitation

× **Posen,** 23. Juli. Vor dem Staatlichen Arbeitsvermittlungsamt sind letztens Flugzettel der Kommunistischen Partei verbreitet worden, in denen die Arbeiter, Bauern usw. aufgefordert werden, am 1. August auf die Straße zu gehen, um die Solidarität des Proletariats gegen den Krieg und die Kriegslasten zu dokumentieren. Der 1. August soll ein internationaler Kampftag gegen den Krieg und gegen die Intervention gegen die Sowjets sein.

Bromberg

hf. Auch in Bromberg soll gespart werden. Wie wir erfahren, soll noch im Laufe dieses Jahres die Bromberger Verwaltungsstelle der staatlichen Waldgebiete liquidiert werden. Ferner besteht der Plan, die Staatliche Landwirtschaftliche Schule, die im ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut untergebracht ist, nach Pulawy zu verlegen.

hf. Zur Linderung der Arbeitslosennot. Am Mittwoch ist eine Delegation der Stadt Bromberg nach Warschau gefahren, um mit den maßgebenden Stellen über eine Beihilfe zur Linderung der Arbeitslosennot zu konferieren. Sie setzt sich aus dem Vizestadtpräsidenten Chmielarski, dem Vorsitzenden der Handelskammer, Ing. Wdziękoński, dem Leiter des Fabrikantenverbandes, Ing. Kasprowicz, sowie Vertretern der Arbeitslosenverbände zusammen und soll nach einer Konferenz im Wirtschaftsministerium der Regierung eine Denkschrift überreichen, über deren Inhalt wir noch Näheres berichten werden.

hf. Wieder Kümmelblättchen. An einem der letzten Wochenmarktstage hielt sich ein Landwirt aus dem Kreise Bromberg geschäftlich in der Stadt auf. Auf offener Straße trat plötzlich ein Mann an ihn heran und erklärte unter Umarmungen, er sei ein früherer Freund des Landmannes und wundere sich sehr, daß er nicht wiedererkannt werde. Das anfängliche Mißtrauen des Landmannes — er hatte nämlich den Menschen vorher nie gesehen — schwand jedoch, als er gefragt wurde, wie es denn seiner Familie, seinen Kindern, seiner Wirtschaft usw. gehe. Nach einer kurzen Unterhaltung ging man ins Gasthaus, um beim Gläschen Schnaps weiter zu plaudern. Ein Weilchen später betraten mehrere Personen den Schankraum und begannen an einem der Nebentische ein Kümmelblättchenspiel. Von seinem „Freunde" ließ sich der Landmann überreden, auch daran teilzunehmen. Selbstverständlich gewann er die ersten Spiele, um später seine gesamte Barschaft zu verlieren. Die Polizei warnt vor der gerissenen Gaunerbande, die es besonders auf biedere, vertauensselige Landleute abgesehen hat.

hf. Die hiesige Krankenkasse hat einen neuen (schon den vierten!) Regierungskommissar in der Person des Ingenieurs Zawadzki aus Warschau erhalten.

hf. Ausgrabungen. In der Nähe des im Bau befindlichen neuen Krankenhauses wurde bei Ausschachtungsarbeiten ein größeres Urnengrab aus prähistorischer Zeit gefunden. Der Historiker der Posener Universität, Prof. Zakrzewski, der sofort in Bromberg eingetroffen ist, um die Ausgrabungen sachgemäß zu leiten, ist der Ansicht, daß sich dort, wo man schon zahlreiche ähnliche Funde gemacht hat, ein ganzer heidnischer Friedhof aus der Zeit der Lausitzer Kultur befinden müsse, und hat deswegen Ausgrabungen in größerem Umfange ins Auge gefaßt.

hf. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich in einer Seitengasse der Kujawierstraße: Der Förster Rogaliński aus Kl.-Bartelsee fuhr zusammen mit seiner Frau auf einem Fuhrwerk die sehr steile Kujawierstraße hinunter zur Stadt. Ein vorüberfahrendes Auto machte die Pferde scheu, die in scharfem Tempo die Straße hinunterrasten. Beim Versuch, sie anzuhalten, riß die Fahrleine, so daß R. die Herrschaft über die Pferde verlor. Diese rasten in eine Seitengasse. Dabei wurde der Wagen an die Mauer des Eckhauses geschleudert und zertrümmert. Die Eheleute wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Inowrocław

z. Bei der Arbeit verunglückt. Der Arbeiter Czesław Wojtasik war mit dem Ausbessern der elektrischen Leitung beim Knabengymnasium auf dem Plac Jana Kasprowicza beschäftigt, als er einen elektrischen Schlag erhielt, durch den er gelähmt wurde.

z. Ein blutiges Ehedrama spielte sich in Wieruszewo bei Argenau ab. Dort lebten die jungen Eheleute Jan und Agnes Dworakowski seit einiger Zeit in stetem Unfrieden, bis eines Tages Dworakowski in großer Gereiztheit auf den Hof ging und von dort aus durch das Fenster zwei Schüsse auf seine Frau abgab. Die schwerverletzte Frau wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft und Dworakowski verhaftet.

Znin

l. Einbruch. In der Nacht zum 18. d. Mts. drangen Einbrecher in das Konfektionsgeschäft des Herrn K. Pachołki in Wenecja ein. Es gelang ihnen, eine große Menge Garderobe zu erbeuten. Der Schaden beträgt schätzungsweise über 3000 Zloty. Polizeiliche Ermittlungen blieben bisher ergebnislos.

Posener Tageblatt

Aus aller Welt

Nr. 167

Freitag, den 24. Juli 1931

Weltpolitischer Beobachter

Minderheitendämmerung in Ungarn? — Der Kampf gegen die chinesischen Kommunisten

E. Jh. Das neugewählte ungarische Parlament ist nun am 21. Juli eröffnet worden. Reichsverweser Horthy führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß die Entwicklung des Friedens abhängig sei von der Entwicklung der Minderheitenfrage. Auch Staatsbürger nichtungarischer Nationalität seien nicht nur dem geschriebenen Recht nach, sondern in Ungarn auch tatsächlich gleichberechtigt. Darum hängen sie auch mit traditioneller Treue an dem ungarischen Staat. Mit ganz besonderer Sorgfalt werde in Ungarn das Minderheitenschulwesen betreut.

Man muß diese Sätze Horthys mit großer Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Schon Graf Bethlen behauptete zwar, als er im Winter in Berlin war, die deutsche Minderheit in Ungarn sei ein starkes Bindemittel zwischen der deutschen und der ungarischen Nation, indessen ist bis heute nicht das mindeste in Ungarn geschehen, was auf eine bessere Behandlung der deutschen Minderheit schließen ließe. Jedenfalls ist die Lage keineswegs so, wie sie Horthy schildert. Zwar müßte Ungarn, das große Teile des von Ungarn bewohnten Gebietes durch die Friedensverträge verloren hat, besonderes Verständnis für die Forderungen der in seinem Lande wohnenden Minderheiten haben, zumal es immer wieder die Erfüllung des modernen Minderheitenrechts **wenigstens** für **seine** Stammesgenossen fordert, tatsächlich aber verfügen 75 Prozent der 550 000 Deutschen in Ungarn über **keine deutschen Schulen**. Bei den Kindergärten steht es noch schlimmer. In Ungarn gibt es keine deutschen Mittelschulen, keine deutschen Lehrerbildungsanstalten, keine deutschen Mädchenschulen. Die Auslandsungarn beispielsweise in Rumänien sind da erheblich besser gestellt. Ueber die gesellschaftliche Stellung der Deutschen in Ungarn legt ein Ereignis der letzten Zeit beredtes Zeugnis ab. Ein junger deutscher Arzt Dr. Heinrich Mühl beging das „Verbrechen", im Deutschen Volksbildungsverein tätig zu sein. Man gräbt einen alten Krankenschein aus, der angeblich statt drei Tage Krankheit vier attestiert. Die ungarische Aerzteschaft erklärt, daß der junge deutsche Arzt ehrlos gehandelt habe. Man boykottierte ihn. Man will ihn aber doch wieder gnädig anerkennen, wenn er die Arbeit in deutschen Vereinen aufgibt. Dieser Vorgang ist bezeichnend für die Lage der deutschen Intelligenz in Ungarn. Angesichts dieser Tatsachen haben wir keine Hoffnung, daß in absehbarer Zeit die Haltung der ungarischen Regierung gegenüber den Deutschen so wird, wie sie Horthy als vorhanden schildert.

*

Der Kampf der chinesischen Nationalregierung gegen die Kommunisten wird, so scheint es, tatsächlich mit aller Energie durchgeführt. Von den drei kommunistischen Festungen in der Provinz Kiangsi gelang es vor wenigen Tagen, die zweite zu erobern. In Kiangsi sollen im ganzen 30 Divisionen der Regierung gegen die Kommunisten kämpfen. Um das Uebergreifen des Kommunismus zu erschweren, ist in Peking und in Tientsin der Belagerungszustand erklärt worden. Ueber die Schäden, die der Kommunismus dem Lande geschlagen hat, gibt eine amtliche Erklärung der chinesischen Nationalregierung Auskunft. Danach sind in den letzten zwei Jahren von den Kommunisten in ihrem Kampf um die Herrschaft in China 395 000 Menschen getötet worden. In den Kämpfen zwischen den nationalen Truppen und den Chinesen wurden, wenn ehemals kommunistische Städte von den Kommunisten wiedererobert wurden, mehr als die Hälfte der Einwohner einfach abgeschlachtet. Wir wünschen dem chinesischen Volke, das für Deutschland immer Sympathien bewiesen hat, daß es endlich zur Ruhe kommt, um ein ordentliches Staatswesen aufbauen zu können. In einer amtlichen Erklärung heißt es, das Ergebnis des Feldzugs werde darüber entscheiden, ob China sein soziales und wirtschaftliches System behalten oder ob ihm der Bolschewismus aufgezwungen werden solle. Leider soll auch Tschangsüliang in der Mandschurei wieder auf Schwierigkeiten stoßen. Ein General (Schihyusan) hat gegen ihn, den offiziellen Herrscher der Mandschurei, Feindseligkeiten eröffnet. Da der Marschall über eine ganz modern ausgerüstete Truppe von 100 000 Mann verfügt, sollte es ihm möglich sein, die Bewegung des aufständischen Generals, hinter dem 60 000 Mann stehen, bald zu unterdrücken.

Wieviel Menschen gibt es auf der Welt?

Die englische Statistische Gesellschaft unternahm eine Zählung der gesamten Bevölkerung der Erde. In Asien, Afrika und anderen halbzivilisierten Gebieten sind noch nie genaue statistische Erhebungen über die Bevölkerungszahl vorgenommen worden. Es war dieses für die britische Statistische Gesellschaft eine schwere Aufgabe, die Zahl der Menschen auf Erden festzustellen. Schließlich gelangte die Gesellschaft zu dem Endresultat, das die Zahl etwa 2 Milliarden Menschen ergab. Der Zuwachs im Laufe des letzten Jahrhunderts ist enorm. Im Jahre 1830 berechnete man die Bevölkerung der Erde schätzungsweise auf etwa 800 Millionen Menschen. Somit hat sich die Zahl der Erdbewohner in den letzten hundert Jahren um rund 150 Prozent vergrößert. Es entsteht die Frage, ob die Erde imstande sein wird, die in solchem Tempo sich vermehrende Menschheit zu ernähren. Am stärksten nimmt die Bevölkerung Amerikas zu, die heute zirka 240 Millionen Menschen beträgt, gegen nur 36 Millionen vor hundert Jahren. Die Bevölkerungszahl Amerikas hat sich also versiebenfacht. Der australische Kontinent zählt heute nach den Berechnungen der Londoner Statistischen Gesellschaft 10 Millionen Einwohner, gegen nur eine Million im Jahre 1830. Für das Zunehmen der australischen Bevölkerung hatte die Einwanderung noch eine größere Bedeutung, wie es in Amerika der Fall war. Was die meisten europäischen Länder anbetrifft, so sind sie kaum imstande, eine noch größere Volksmenge zu ernähren. Länder wie Deutschland, Oesterreich, England, Belgien, Holland und die Schweiz sind bereits übervölkert. Das trifft auch auf Japan und andere Gebiete Asiens zu. Dagegen vermögen südamerikanische Staaten, wie zum Beispiel Argentinien, Brasilien, Venezuela, Peru und Mexiko noch große Mengen von Einwanderern aufzunehmen. In Afrika gibt es Platz genug für viele Millionen von Menschen, und in den wenig bevölkerten Gegenden Asiens können noch viele hundert Millionen ihre Nahrung finden. Es wird vermutet, daß die Höchstzahl der Menschen, die auf unserer Erde ihr Auskommen finden könnten, an die 5 Milliarden reicht. Vielleicht wirft aber die fortschreitende Entwicklung der Wissenschaft und Technik alle Berechnungen über den Haufen, indem neue gewaltige Existenzquellen geschaffen werden.

Das unbekannte Reich Korea

Land zwischen zwei Großmächten — Verschlossene Grenzen — Kampf um Freiheit und eigene Rechte

Von R. Fiedler

Peking, Anfang Juli.

Nach den chinesischen Meldungen soll es auf Korea zu schweren Zusammenstößen gekommen sein. 500 Chinesen, die in ihrem Konsulat in der koreanischen Hauptstadt Söul Zuflucht suchten, kamen bei der Zerstörung des Konsulatsgebäudes durch die revolutionierende Bevölkerung ums Leben. Der Aufstand ist noch nicht unterdrückt.

Man spricht auf Korea, der Halbinsel im gelben Meer, nicht chinesisch und nicht japanisch, sondern die Sprache Oenmun. Eine eigene Sprache, eine eigene Buchstabenschrift — das kennzeichnet dieses Reich, das trotz der Jahrtausende alten Kulturabhängigkeit von zwei eng benachbarten Großmächten, China und Japan, einen zähen, erfolgreichen Kampf um seine Unabhängigkeit, zumindest im geistigen Sinne, geführt hat.

Die Geschichte dieses Volkes und Landes reicht in graue Vorzeit zurück, in der es allem Anschein nach eine bedeutende Rolle spielte. Daß uns historische Einzelheiten fehlen, erklärt sich auch durch

die strenge Abgeschlossenheit, die das Reich von jeher bewahrte.

Das Volk gehört der hochasiatischen Rasse an, läßt eine schwache Verwandtschaft mit den Chinesen erkennen und weist eine bemerkenswerte Aehnlichkeit mit den Liu-Kiu-Insulanern auf. Eine rassische Verwandtschaft mit den Japanern fehlt.

Aus dem 9. Jahrhundert wird überliefert, daß Korea mit seiner damaligen Hauptstadt Songdo den geistigen Mittelpunkt Ostasiens darstellte. Die regierende Wang-Dynastie nahm ein dramatisches Ende. Ein einfacher Krieger, Ni Taijo mit Namen, stürzte 1392 das Herrscherhaus und eroberte für sich selbst den Thron. Die Ni-Dynastie, Nachkommen dieses beherzten Mannes, behauptete sich bis in die Neuzeit. Es beginnen mit dem Aufblühen des Landes und zunehmender Wehrhaftigkeit die gewinnsüchtigen Beutezüge der Nachbarn. Japan macht den Anfang und Korea, das im Abwehrkampf, einem sechs Jahre währenden, erbitterten Kriege, chinesische Hilfe in Anspruch nimmt, um nicht der japanischen Herrschaft zu unterliegen, gerät daraufhin in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den „hilfreichen" Nachbarn. Die Mandschu-Herrscher wußten geschickt von Korea einen hohen Zins zu erheben.

Das Halbinselreich ist nach diesen Kämpfen zerrüttet und schwer verarmt. Die Erfahrungen mit China sind eine Warnung —

von der Mitte des 17. Jahrhunderts an treibt Korea eine strikte Politik energischer Absperrung

auch den nächsten Nachbarn gegenüber. Von fremden Reichen ganz zu schweigen. So ist es fast ein Zufall, daß man in jener Zeit zum ersten Male im Abendlande etwas von der Existenz dieses seltsamen Reiches erfährt. Holländische Schiffbrüchige, die eine Zeitlang auf Korea als Gefangene gehalten werden, bis sich ihre „Unschuld" erweist, erzählen Wunderdinge in der Heimat von diesem seltsamen Land. Zugleich wächst das Interesse Europas — zur Zeit der großen Forschungsreisen im 17. und 18. Jahrhundert versuchen verschiedene Forscher, dieses Reich zu „entdecken". Ihr Bemühen war erfolglos — man ließ die Fremden kaum einen schmalen Küstenstreifen sehen, treu der eingeschlagenen Politik.

Um 1836 dringen französische Missionare auf dem Landweg nach Korea vor und gründen im Norden einige wenige Gemeinden. Man schien mit diesem friedlichen Eroberungswerk mehr Glück zu haben, denn über 30 Jahre konnten sich die Missionssiedlungen halten. Bis eines Tages im Jahre 1866 eine blutige Christenverfolgung, der fünf Missionare zum Opfer fielen, das Werk zugrunde richtete. In Empörung über diesen Zwischenfall schiffte ein französischer Admiral den Hang-kang-Fluß hinauf und beschoß die koreanische Festung Kanghwa. Er mußte ebenso unverrichteter Dinge den Rückweg antreten, wie fünf Jahre nach ihm ein amerikanischer Admiral, der Korea für die Ermordung der Besatzung eines gestrandeten amerikanischen Schoners zur Rechenschaft ziehen wollte.

Die Politik der Absperrung war von Erfolg gekrönt gewesen.

Li-hui, der damalige Vertreter der Ni-Dynastie triumphierte. 1876 zwang er Japan in einem Vertrag die Unabhängigkeit Koreas anzuerkennen. Von diesem Tage an glaubte man, die Freiheit und Selbständigkeit des Landes gesichert zu haben und sperrte die Grenzen weniger scharf ab. Japanische und sogar europäische Konsulate entstanden in einigen Städten. Die neue Politik aber bewährte sich schlecht. Korea, inmitten zweier Mächte, die so scharfe Gegner waren, konnte sich den fremden Einflüssen nicht dauernd entziehen. Acht Jahre später schon kam es zu einem blutigen Kampf zwischen den Anhängern der Japaner, der Chinesen und der koreanischen Regierung. Die Unruhen dauerten an, bis es zu einem Entscheidungskampf zwischen China und Japan kam

— ein Kampf, der auf koreanischem Boden ausgefochten wurde.

In der Folge dieses Krieges geriet Korea zunächst wieder in chinesische Oberhoheit, wenig später nach einem Siege der Japaner unter deren Einfluß. Das Volk, in ständiger Unruhe, stellte sich jeweils auf die Oppositionspartei. Der König, der für die Ruhe des Landes und seine Souveränität zu fürchten begann, rief heimlich einen bisher unbeteiligten Vierten zu Hilfe: Rußland.

Tatsächlich gelang es den Russen, geordnetere Verhältnisse zu schaffen — zugleich aber begann sich mächtig ihr Einfluß geltend zu machen. Japan, äußerst besorgt über diese Tatsache, ließ es sich nicht nehmen, wiederum kriegerische Absichten zu äußern, so daß schließlich beide, Japan und Rußland, in einem Vergleich die „Unabhängigkeit Koreas" anerkannten. Wieder einmal schien die Sicherheit des kleinen Reiches gefestigt. Allerdings wirkten sich gerade in den Zeiten der Ruhe die Einflüsse der fremden Machthaber besonders stark aus — jeder Frieden ist nur eine Atempause für neue Kämpfe. Kämpfe, die dieses kleine Land nun schon seit Jahrhunderten um seine Freiheit und Unabhängigkeit ausficht. —

Das Volk hat sich trotz der ungeheuren Schwierigkeiten und der ungünstigen Zwischenlage, bewundernswert rein erhalten. Man schätzt die Bevölkerung auf sechs Millionen, von denen nur etwa 25 000 Bewohner Ausländer sind. Bis in die jüngste Zeit hinein herrschte noch ein ausgeprägtes Kastenwesen, das der Adel und die hohen Beamten bevorrechtete. Der Adel ist „unverletzlich" und nicht zum Kriegsdienst verpflichtet und trägt den hohen, aus Pferdehaaren geflochtenen Hut zu bunter Kleidung.

Schwedische Jugend

Schon durch viele Länder bin ich gereist, aber keines noch hat mir eine gleiche Freude geschenkt wie Schweden: nämlich die Freude an der Jugend. Nicht etwa, daß Schweden mehr Kinder hätte als andere Länder der Welt. Im Gegenteil, in Italien ist mir der Ueberfluß an Kindern jeglicher Altersklassen viel mehr aufgefallen. Und doch möchte ich Schweden fast das Land der Jugend nennen, weil eben die schwedische Jugend dem Fremden immer wieder und stets in erfreulichen Erscheinungsformen entgegentritt. Es ist überraschend zu bemerken, wie viel schwedische Schulen sich nicht nur während der Schulferien auf Reisen befinden. Jungen und Mädels reisen zusammen, wie ja auch in den schwedischen Schulen Jungens und Mädels zusammen unterrichtet werden.

Ich erinnere mich, wie ich oben in Jämtland, diesem prachtvollen und vielseitigen schwedischen Hochgebirge, durch das die interessante Eisenbahnstrecke Stockholm—Trondhjem führt, eine solche Schulklasse getroffen habe. Natürlich Jungens und Mädels durcheinander. Sie hatten eben das Examen hinter sich, das unserem Einjährigen entspricht. Was mich zuerst am meisten erstaunte, war die Tatsache, daß diese Schulklasse in Aere, dem Hauptkurort Jemtlands, im ersten Hotel des Platzes für mehrere Tage Quartier nahm. Ich habe eben vergessen, daß Schweden ein wohlhabendes Land ist. Und warum soll man nicht junge Menschen in guten Hotels wohnen lassen — sie gewinnen dadurch nur frühzeitig eine gute Lebensart auch außerhalb des Elternhauses und außerhalb der Kinderstube. Kein Wunder, daß man deshalb in Schweden fast nur Menschen mit guten Umgangsformen trifft und daß selbst das einfachste Mädchen aus dem Volke sich in Restaurationen und in der Oeffentlichkeit durchaus sicher zu benehmen weiß. Diese Sicherheit hat nichts Angelerntes, nichts Uebertünchtes, das ist das natürliche Ergebnis einer Erziehung zur Freiheit und Ungezwungenheit, die sich selbst am besten in ihren Grenzen zu halten weiß.

Aber ich will auf die Schulklasse zurückkommen, von der ich oben erzählt habe. Ich freundete mich mit den Jungens und Mädels an, machte mit ihnen gemeinsame Ausflüge und verlebte mit ihnen wirklich manche schöne Stunde. Als der Tag der Abreise gekommen war, erkundigte ich mich bei meinem Hotelwirt, wie ich diesen „Siebzehnjährigen" eine kleine Freude bereiten könnte. „Indem Sie jedem eine Tafel Schokolade schenken" meinte der Hotelier. Für einen deutschen siebzehnjährigen Schüler wäre eine Tafel Schokolade kaum die geeignete Aufmerksamkeit durch einen Ausländer gewesen, aber die schwedischen Jungens und Mädels freuten sich riesig darüber, als sie beim Abschiedsabendessen jeder auf seinem Platz die kleine Süßigkeit vorfanden.

Der Zufall wollte es, daß ich mit der Klasse ein Stück gemeinsam fahren konnte. Sie wollten heim nach Stockholm, während mein Ziel Rättvik am Siljansee war. Wir hatten eine Nacht gemeinsam zu fahren, frühmorgens um 4 Uhr mußte ich in Storvik umsteigen. Diese gemeinsame Fahrt war für mich eine prachtvolle Charakterstudie des schwedischen Menschen. In dem Zuge fuhren nämlich zahlreiche Soldaten mit, die auf Urlaub gingen, und dann das übliche bäurische Reisepublikum, das man auf allen D-Zugstrecken Norrlands findet. Jeder D-Zug dient dort, ganz anders als bei uns, auch dem Lokalverkehr.

Der Waggon, in dem sich die Klasse befand, war bald in fröhlichster Stimmung mitgerissen, Alle Bauernburschen, Bauernmädels, Urlauber, Handlungsreisende, waren wie eine große Familie. Es gab keine Standes- und Klassen-Unterschiede zwischen ihnen und den Schülern, sie sangen unentwegt die ganze Nacht hindurch Volkslieder, die ein Soldat auf seiner Ziehharmonika begleitete. Und der Lehrer saß mitten unter dieser Schar und sang mit. Und er war keineswegs würdevoll und verbot seinen Jungen nicht, bunte Reihe mit den Bauernmädchen zu machen und machte keine strengen Augen, wenn ein Soldat einer Schülerin den Arm über die Schulter legte. Freies Schweden, junges Schweden, gesundes Schweden. Und als ich um 4 Uhr in der Frühe in einen anderen Zug umsteigen mußte, da stand die ganze Klasse auf dem Perron und einer der Schüler hielt eine kleine Ansprache auf den „deutschen Freund". Als mein Zug von dannen rollte, begleitete mich ein Hoch, und lange noch winkten die Jungens und Mädels mir nach.

Das war nur ein kleines Erlebnis, und doch werde ich es nie vergessen, ebensowenig wie jene Scharen von Kindern, die ich auf Skansen getroffen habe, dem großen Freilichtmuseum bei Stockholm. Ich kann mir dieses einzigartige Museum gar nicht denken ohne Hunderte und aber Hunderte von Schülern, die dort unter freiem Himmel lebendigen Anschauungs-Unterricht der Kulturgeschichte, Fauna und Flora ihres Landes genießen. Und ich muß es gestehen: So oft ich auf Skansen war, bin ich nicht hingegangen, um die Stilarten der schwedischen Bauernhäuser oder schwedisches Hochwild zu bewundern, um die beste Aussicht auf Stockholm und die Schäreninseln zu haben, sondern um — wieder jung zu werden mit der schwedischen Jugend.

von Schliesen

Es gibt kein Radikalmittel gegen Giftgas

Professor Messerli-Lausanne organisiert den internationalen zivilen Gasschutz.

In den Völkerbundskreisen verfolgt man mit Interesse die Pläne, die Professor Messerli aus Lausanne entwickelt und jetzt im großen Hörsaal des Pasteur-Institutes vor einem größeren Kreise Spezialwissenschaftler zum ersten Male vorgetragen hat. Professor Messerli, der Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Lausanne, sprach vor maßgebenden Persönlichkeiten der öffentlichen medizinischen Gesellschaft sowie vor Vertretern der Sanitätskolonnen von Frankreich. Seine Pläne gehen dahin, für die Bevölkerung aller Länder Europas einen durchgreifenden Luftschutz zu organisieren, der vor allem geeignet sein soll, Gasangriffen im Falle eines Krieges zu begegnen. Er betont in seinen Veröffentlichungen, daß er nicht daran denke, Europa zu beunruhigen und die Zivilbevölkerung in einen Angstzustand zu versetzen. Aber vorbeugen heißt nicht, daß man provozieren wolle.

Der Wissenschaftler stellte in aller Oeffentlichkeit fest, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, im Falle eines Krieges gelte keine Konvention mehr Keine Macht, auch nicht der Völkerbund, könne verhüten, daß aus einem Kriege ein Gaskrieg werde.

Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft sind zwei Flugzeuge in der Lage, ganz London zu vergasen, so daß kein Wesen mehr in dieser Millionenstadt am Leben bleibt. Das ist der Grund, weshalb nach den Mitteilungen Messerlis in Polen, Estland, Rußland und Deutschland (?) die Bevölkerung systematisch im Gasschutz erzogen werde. An Hand dieser von ihm eingehend studierten Schutzmaßnahmen schlägt er für alle europäischen Städte vor: Einrichtung öffentlicher Unterrichtsstellen für Gasschutz, Hilfsstationen, die mit allem nötigen Material ausgerüstet sind, Vermehrung aller Apparaturen, aus denen die Windrichtung zu ersehen ist, Vorschriften über die Verwertung des Wagenparks zur Räumung bedrohter Gebiete, Verbesserung aller Desinfektoren und Schulunterricht für Kinder und Erwachsene in der Abwehr von Gasattacken.

Im Anschluß daran führte Messerli eine Anzahl neuer Apparate vor, darunter ganz leichte Zellophan-Masken, die durchsichtig sind und doch großen Schutz garantieren. Ferner aber auch einen ganzen Anzug, der selbst die Gase abhalten soll die direkt durch die Haut wirken.

Allerdings muß auch Messerli, während er den internationalen Gasschutz organisieren will, zugeben, daß es keinen absoluten Schutz gibt, da jeden Tag neue und immer furchtbarere Gase erfunden werden.

Gerade in diesen Tagen werden wieder in England Versuche mit Gasen gemacht, die nach den Pressemeldungen unbedingt tödlich und unabwehrbar sein sollen.

Um eine eigene Autoindustrie

Bemühungen und Anfänge — Woher Kapital?

Die polnische Automobilindustrie verdankt ihre Entstehung den allerletzten Jahren. Vor dem Kriege hat die wirtschaftliche Entwicklung in keinem der Teilgebiete zur Begründung dieses Produktionszweiges geführt und auch bis jetzt ist es trotz gewaltiger Anstrengungen nicht gelungen, dieser Industrie eine grössere Basis zu sichern. Im Gegenteil sind alle Versuche, das Land von der Einfuhr von Personenwagen unabhängig zu machen, fehlgeschlagen, so dass man von einer nationalpolnischen Automobil-Industrie schlechterdings nicht sprechen kann. Der Staat hat diesem Industriezweig von Anfang an schon mit Rücksicht auf seinen Rüstungsbedarf besondere Aufmerksamkeit geschenkt und diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass wenigstens die Erzeugung von Lastwagen namentlich für die Heeresverwaltung aufrecht erhalten worden ist. Es ist vielleicht charakteristisch für

die Entwicklungsgeschichte der polnischen Automobilindustrie,

dass ihren Grundstein die Heeresverwaltung legte. Nach der Uebernahme durch die Okkupationsbehörde wurde Ende 1918 zuerst an die Produktion von Automobilen gedacht. Diesen Zweck sollte die „Zentrale Automobil-Werkstätte des Kriegsministeriums" (Centralne Warsztaty Samochodowe) erfüllen, ohne dass ausländische Lizenzen in Anspruch genommen worden sind. Es war nicht mehr als eine einfache Reparaturwerksätte, die monatlich nur 5—10 Wagen der Heeresverwaltung reparierte. In relativ kurzer Zeit wurde diese Ziffer auf 100 Wagen je Monat gesteigert. Die Inflationszeit gab dem Betrieb eine ungewöhnliche Antriebskraft, der nunmehr zur Montagewerkstatt ausgebaut wurde. Erst 1925 wurde der erste Wagen konstruiert, der bis auf wenige Bestandteile ausschliesslich aus polnischem Material hergestellt worden ist. Im Jahre 1929 werden weitere 30 Personenwagen mit einem eigenen 4-Zylindermotor fertiggestellt. Daneben wurden Ersatzteile angefertigt und bisher etwa 70 Sanitätswagen für die Heeresverwaltung geliefert. Inzwischen ist dieses Unternehmen unter der Firma „Staatliche Automobilfabrik" (Państwowa Wytwórnia Samochodowa) in den Besitz der Staatlichen Ingenieur-Werke des K. M. übergegangen und seit zwei Jahren kommerzialisiert worden.

Ursus baut Lastwagen.

Im Jahre 1924 entstand, auch wieder mit staatlichen Hilfsmitteln, die „Ursus" AG. in Czechowice bei Warschau. Mit Ausnahme des Karburators, der elektrischen Installation und der Bereifung wird der Ursuswagen gänzlich aus einheimischem Material gewonnen. Nach einigen misslungenen Versuchen gingen die Ursus-Werke zur Fabrikation, d. h. eigentlich zur Montage von Militärlastwagen und Autobussen über. Die Fabrikation stützt sich auf die italienische Spa-Lizenz. Von vornherein auf schwache Füsse gestellt, geriet das Unternehmen, das schon zu 92 Prozent im Besitze der Staatlichen Landwirtschaftsbank war, sehr bald in finanzielle Nöte, um schliesslich von den Staatlichen Ingenieur-Werken (Państwowe Zakłady Inżynierji) übernommen zu werden, die damit schon zwei Automobilfabriken in sich vereinigen.

Neben einer im Jahre 1927 begründeten Autodroschkenfabrik „AS" in Warschau, deren Produktion jedoch gar nicht ins Gewicht fiel, entstand kurz darauf noch eine Montagefabrik „Stetysz", die hauptsächlich aus Frankreich importierte Automobilteile zusammensetzte. Schon 1929 brannte diese Fabrik gänzlich nieder, ohne dass vorerst an den Wiederaufbau gedacht werden konnte. Im Jahre 1929 wurde schliesslich ein

Kleinwagen unter der Marke „W. M."

herausgebracht. Er ist mit einem luftgekühlten Zwei-Zylindermotor ausgerüstet, sehr leicht und einfach in der Konstruktion, dazu ausschliesslich aus einheimischem Material hergestellt. Erwogen ist seine Serienfabrikation nach amerikanischem Muster. Aber bisher hat sich das Konsortium noch nicht gebildet, da offenbar das notwendige Kapital nicht aufgebracht werden konnte.

Wie daraus hervorgeht, vermochte sich die polnische Automobilindustrie, soweit es insbesondere Personenwagen betrifft, bisher nicht nennenswert zu entfalten. Als Automobilfabriken können überhaupt nur die „C. W. S." (Centralne Warsztaty Samochodowe) und „Ursus" gezählt werden. Während Ursus nur Lastwagen produziert, haben die „C. W. S." noch keine grössere Anzahl von Personenwagen auf den Markt gebracht. Das bescheidene Produktionsprogramm dieser zwei vereinigten Betriebe sieht auch bis 1932 keine grössere Entfaltung des Unternehmens vor, da dem Staate nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Sicher aber wird die gegenwärtige Krise nicht ungenutzt bleiben. So soll „Ursus" grössere Lieferungen an 2-Tonnen-Lastwagen für die Heeresverwaltung und eine Serie Untergestelle für Autobusse herstellen. Zu diesem Zweck ist eine

Lizenz der Schweizer Fabrik „Saurer"

erworben worden, die die Herstellung von 4—6-Tonnenwagen gestattet. Im günstigsten Falle werden aber im Jahre 1931 etwa 100—150 Stück dieses Typs, 1932 aber 200—250 Wagen von 4 Tonnen und 50—100 Stück von 6 Tonnen hergestellt werden können. Der Inlandbedarf an Lastwagen beträgt dagegen etwa 700 Stück.

In Aussicht genommen ist eine

Modernisierung und Erweiterung der Ursus-Werke.

Durch die Einführung des Bandsystems bei der Montage hofft man die Selbstkosten wesentlich drücken zu können, woran der Wettbewerb mit der Auslandsindustrie bisher scheiterte. Wie dem aber auch sei, ist vorerst an eine Bedarfssättigung des polnischen Marktes mit Personenwagen einheimischer Provenienz nicht zu denken.

Stickstoffpolitik

Im Zusammenhang mit dem Scheitern der Verhandlungen über den internationalen Stickstoffpakt hat die polnische Regierung soeben ein Einfuhrverbot für alle Arten von Stickstoff, Stickstofferzeugnissen sowie Chilesalpeter erlassen. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

Angesichts der herannahenden Herbstsaison geben die Staatlichen Stickstoffwerke in Chorzow soeben die Herbstpreise für ihre Düngemittelfabrikate bekannt und gleichzeitig, zur rechtzeitigen Information der Landwirte, auch schon die Preise für die nächste Frühjahrssaison. Hierbei ist besonders festzustellen, dass sich die Preise franko jeder Hauptbahnstation in Polen und in der freien Stadt Danzig verstehen, mit Ausnahme von Tom.-Stickstoff, wofür der Preis loco Waggon Fabrik gilt. Die Preise betragen bei Barzahlung:

1931/32	Gem. Stickstoff 20—22% Stickst.	Geölter Stickst. 16% Stickst.	Kalisalpeter 15,5% Stickst.	Kalkstickst. 16% Stickst.	Sodasalpeter 16% Stickst.	Thomasmehl 19% Stickst. 10% Phosphors.
	je 1 kg Stickst.			je Sack 100 kg Dünger		80 kg D.
Juni 1931	1,64	27,35	29,95	26,60	—	18,00
Juli 1931	1,68	28,00	29,95	27,20	39,10	18,00
August 1931	1,71	28,50	29,95	27,70	39,10	18,00
September 1931	1,73	28,80	29,95	28,00	39,10	18,00
Oktober 1931	1,74	29,00	29,95	28,00	39,10	
November 1931	1,74	29,00	29,95	28,20	39,10	
Dezember 1931	1,76	29,30	30,30	28,50	39,55	
Januar 1932	1,82	30,30	31,30	29,45	40,90	
Februar 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	41,80	
März 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	41,80	
April 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	41,80	
Mai 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	41,80	

Bei Kauf gegen Kredit werden Zinsen in Höhe von 1 Prozent über dem Diskontsatz der Bank Polski berechnet. Kreditverkäufe werden ausschliesslich durch Vermittlung der Ein- und Verkaufsorganisationen getätigt.

Steigender Durchgangsverkehr

Deutschland, Rußland, Tschechoslowakei geben Polen zu verdienen

Der Transit sowjetrussischer Waren über Polen nach Westeuropa sowie umgekehrt europäischer Waren nach Sowjetrussland weist in den letzten Jahren die deutliche Tendenz einer Steigerung auf. Betrugen die Gesamtumsätze mit Sowjetrussland, die über die polnischen Staatsbahnen gingen, noch im Jahre 1927 nur 260 000 t, so stiegen sie im Jahre 1928 auf 500 000 t, im Jahre 1929 auf 700 000 t, um im Jahre 1930 mit 905 756 t eine Rekordziffer zu erreichen. Davon entfallen auf den Transit nach Westeuropa 624 374 t und von Europa nach Sowjetrussland 281 422 t. Der Güteraustausch, der sich auf dem Wege über Polen nach Sowjetrussland bewegt, betrifft in der Hauptsache drei Länder, nämlich Deutschland, die Tschechoslowakei und Oesterreich.

Der Warenverkehr mit Deutschland zeigt im Jahre 1930 folgendes Bild: Nach Deutschland gingen vermittels der PKP aus Sowjetrussland 375 485 t Waren, die Ausfuhr nach Sowjetrussland erreichte wiederum 91 221 t. Im Import nach Deutschland spielen die wichtigste Rolle Holz (295 952 t), und zwar Papier- und Rundholz, Eichenklötze, gesägte Bretter, Furniere und Dickten sowie Dauben; es folgen Eisen- (12 307 t) und Manganerze (15 037 t) sowie kleinere Transporte von Eicheln, Steinen u. a. m. Im Export nach Sowjetrussland nehmen feuerfeste Ziegel (56 761 t) die erste Position ein, in geringeren Quantitäten gingen nach Russland Eisen, Stahl, Eisenerzeugnisse, Maschinen aller Art und landwirtschaftliche Geräte, Draht und Chemikalien. Aus Sowjetrussland nach der Tschechoslowakei gingen im Transitwege über Polen im Jahre 1930 239 314 t, die Ausfuhr betrug 177 938 t. In der Einfuhr nehmen die wichtigste Position Eisen- und Manganerze ein (233 186 t), mit kleineren Sendungen figuriert Schnittholz (1707 t), Knochen, Lumpen und Abfälle, Eichenklötze, Dichten, Obst und Gemüse. In der tschechoslowakischen Ausfuhr nach Sowjetrussland auf dem Transitwege über die polnischen Eisenbahnen spielen die Hauptrolle Eisen und Stahl in Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen (160 325 t) sowie Maschinen aller Art und landwirtschaftliche Geräte (7181 t), daneben gingen kleinere Ladungen von Ziegeln, Spagat, Oelen, essigsaurem Metall und Kalkstein. Nach Oesterreich gingen auf dem Transitwege durch Polen aus Sowjetrussland 9472 t, darunter befanden sich 3628 t Lumpen und Abfälle und 3078 t gesägte Bretter, daneben gingen Obst und Konserven, Furniere, Leder, Linsen, geschlachtetes Geflügel und Eier. In der Ausfuhr aus Oesterreich nach Sowjetrussland (12 213 t) bildeten die Hauptposition Stahl und Eisen (4897 t), Maschinen und Werkzeuge (3285 t), Bleche, elektrische Artikel und Eisenerzeugnisse.

Petroleumsorgen

Zersplitterung und Auslandskonkurrenz gefährden die Naphthaindustrie

Die schwierige Lage der polnischen Naphthaindustrie hat die polnischen Naphthaindustriellen bewogen, von der Regierung weitere Schutzmassnahmen für die Naphthaindustrie zu fordern. Die Forderungen der Naphthaindustriellen gingen vor allem dahin, dass die Regierung sich für eine Senkung der Preise von Naphthaprodukten im Inlande einsetzt und eine Herabsetzung der Steuer und sozialen Lasten vornimmt. Die Regierung hat jedoch einen anderen Weg zur Unterstützung der Naphthaindustrie gewählt, dessen Vorteile im wesentlichen den Raffinerien zustatten kommen. Bekanntlich hat die Regierung eine neue Verordnung über die Zollerhöhung von chemischen Artikeln ausgearbeitet, die in diesen Tagen im „Dziennik Ustaw" erscheinen und 14 Tage nach ihrem Erscheinen in Kraft treten wird. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Erhöhung der Zollsätze für Naphthaprodukte, und zwar für Paraffin, Lichte, Rohnaphtha, ausserdem für Salzsäure und einige andere chemische Artikel. Die Einfuhrzollsätze für diese Artikel werden auf eine solche Höhe gebracht, wie sie in dem Projekt des neuen Zolltarifs vorgesehen ist.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Zollerhöhung wurde ein halbamtliches Communiqué herausgegeben, in dem zu den Schwierigkeiten des polnischen Naphtha-Exports Stellung genommen wird und durch das die Massnahmen der polnischen Regierung gegen die Einfuhr von Naphthaprodukten aus dem Auslande durch Erhöhung der Einfuhrzölle gerechtfertigt werden sollen. In diesem Communiqué heisst es, dass die Verringerung des polnischen Exportes von Naphthaprodukten in der Hauptsache durch die ständige Entwicklung der Raffinerieindustrie in den österreichischen Nachfolgestaaten, in erster Linie in der Tschechoslowakei hervorgerufen sei. Die Raffinerien hätten angefangen, an Stelle polnischer Rohölhalbfabrikate amerikanische oder rumänische zu verarbeiten. Ausserdem hätten die grossen Weltkonzerne aus Kalkulationsgründen wie auch zur Vermeidung von Restriktionen, die von den einzelnen Regierungen gegenüber der Einfuhr von Fertigprodukten angewendet werden, damit begonnen, in diesen Ländern eigene Raffinerien zu bauen. Die Lage hätte sich noch in der letzten Zeit besonders dadurch verschlechtert, dass einerseits in der Tschechoslowakei grössere Mengen Naphtha gefördert werden, andererseits Sowjetrussland unter der Drohung, den Markt durch Dumpingpolitik in Unordnung zu bringen, von den Industriellen der erwähnten Länder die Abnahme bestimmter, alljährlich erhöhter Mengen von Rohnaphtha und Naphthaprodukten gefordert habe.

Diese Communiqué soll gleichzeitig die Erklärung dafür bringen, warum die polnische Regierung in erster Linie die Raffinerien geschützt hat. Die Naphthaindustriellen haben öffentlich zu diesem Schritt der Regierung noch keine Stellung genommen. Die Beratungen des Syndikats der Naphthaindustrie wurde am Freitag nach dreitägiger Dauer in Podkowo Leśnie beendet. An diesen Beratungen hatten die Vertreter aller Naphthafirmen und -konzerne teilgenommen, die dem Syndikat angehören. Wie aus den Veröffentlichungen über den Verlauf der Beratungen hervorgeht, hat man sich untereinander über die Mehrzahl der auf der Tagesordnung stehenden Fragen geeinigt, und zwar über die Gasolinfrage, die Rohölkontingente, die kleineren Raffinerien usw. Die noch nicht erledigten Fragen hat man auf die nächste Konferenz verschoben, die Anfang nächsten Monats in Lemberg stattfinden wird.

Auch in der Naphthaindustrie hat die schwere Krise, die diese Industrie gegenwärtig durchmacht, die Organisationsfrage in der Vordergrund geschoben. Kürzlich hat eine besondere Kommission beim Industrie- und Handelsministerium, die zur Untersuchung aktueller Fragen in der Naphthaindustrie berufen war, sich für die Notwendigkeit der Gründung eines grossen Naphthasyndikats ausgesprochen, das sowohl die Naphthaförderung wie auch die Raffinerien und den Handel mit Naphthaprodukten umfassen soll.

Gegenwärtig besitzt die polnische Naphthaindustrie folgende Organisationen beruflichen Charakters: die inländische Naphthagesellschaft in Lemberg, die sowohl die Naphthaproduzenten wie auch die Raffinerien umfasst; den Verband der polnischen Produzenten und Raffinerien von Mineralölen in Warschau, der nur Raffinerien umfasst; der Polnische Verband der Naphthaindustriellen in Lemberg, der vorwiegend die kleineren Produzenten umfasst. Ausserdem gibt es noch 3 Arbeitgeberkammern in Boryslaw, Krosnow und Bitkow, die die Fragen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln. Eine Organisation mit Handelscharakter, die fast die gesamte Naphthaindustrie des Inlandes umfasst, ist das Syndikat der Naphthaindustrie. Dieses Syndikat beherrscht 85% des Verkaufes der Naphthaindustrie auf dem Inlandsmarkte. Die übrigen 15% sind Raffinerien, die nicht organisiert und nicht in Gesellschaften zusammengeschlossen sind. In Exportfragen gehen die in dem Syndikat zusammengeschlossenen Raffinerien teilweise individuell vor. Drei grosse Konzerne, „Polmin", „Malopolska" und „Limanowa", haben sich zusammengeschlossen und betreiben eine gemeinsame Exportpolitik durch Vermittlung einer eigenen Handelsorganisation unter dem Namen „Gemeinsames Exportbüro der Firmen Polmin, Malopolska und Limanow". Dieses Büro beherrscht 75 bis 80 Prozent der gesamten Ausfuhr von flüssigen polnischen Naphthaprodukten und arbeitet ausserdem teilweise mit einigen grossen Konzernen zusammen, wie z. B. den Gesellschaften „Galicja" und „Standard Nobel". Im wesentlichen selbständig aber arbeiten beim Export folgende Firmen: „Galicja", Aktiengesellschaft für Naphthaindustrie und Erdgas, „Vacuum Oil Company" in Czechowice und „Standard Nobel" in Warschau.

Die Bemühungen der Regierung gehen dahin, diese verhältnismässig recht starke Zersplitterung in der Naphthaindustrie zu beseitigen und an ihre Stelle eine einheitliche Produktions- und Absatzorganisation zu setzen.

Handelsvertrag mit China in Kraft

In der neuesten Nummer des „Dziennik Ustaw" gibt die Regierung den am 18 September 1929 abgeschlossenen Handelsvertrag mit China bekannt, der damit zusammen mit dem ebenfalls veröffentlichten Zusatzprotokoll in Kraft tritt. Der Vertrag enthält neben Bestimmungen, die sich auf den gegenseitigen Warenaustausch beziehen, auch solche über Niederlassung und Rechtsstand von Angehörigen beider Vertragsstaaten. Bemerkenswert ist hierbei, dass Polen ebenso, wie es Deutschland bereits getan hat, auf die den Europäern bisher in China zustehenden Sonderrechte verzichtet.

Polnisch-russische Roggenexportkonvention?

Der „Kurjer Czerwonny" lancierte gestern, offensichtlich von amtlicher Seite inspiriert, den Plan eines polnisch-russischen Roggenabkommens, für dessen Abschluss augenblicklich angeblich eine günstige Situation bestehen soll, da neben Russland Polen als einziger Roggenexporteur in Europa in Frage komme und jährlich etwa 200 000 t Roggen ausführe, und zwar vor allem nach Norwegen, Dänemark und die baltischen Staaten, aber auch nach Griechenland und Portugal. Da nun, wie das Blatt sagt, um offenbar den Russen ein Roggenabkommen schmackhaft zu machen, Russland infolge des Dumpings im Vergleich zu den von Polen erzielten Preisen allein im vergangenen Jahr am Roggenexport 5 Mill. holl. Gulden verloren hätte, würde ein solches Abkommen mit Polen den Russen nur finanzielle Vorteile bringen. Wie Moskau auf dieses Angebot reagiert, muss zunächst abgewartet werden.

Vermehrung der Scheidemünzen in Deutschland

Durch Dekret des Reichspräsidenten ist der Artikel 8 des Münzgesetzes von 1924 dahingehend geändert worden, dass die Höchstgrenze für die Ausgabe von Scheimemünzen auf 30 Mark pro Kopf der Bevölkerung festgesetzt wird. Die bisherige Höchstgrenze betrug 20 Rmk. Die neue Massnahme bedeutet eine Vermehrung des Scheidemünzenumlaufes um 650 Millionen Mark.

Zollerhöhung für Papier

In Nummer 62 des „Dziennik Ustaw" werden die neuen Zollerhöhungen für Papier bekannt gegeben. Die bisherigen Zölle werden um 10—30 Prozent erhöht. Von den Erhöhungen erfasst wird einfaches Papier, sowohl holzhaltiges wie Qualitätspapier, als auch Lösch- und Filterpapier.

Neuregelung der Eierausfuhr

Die neue Verordnung über die Ausfuhr von Hühnereiern ist in der neuesten Nummer des „Dziennik Ustaw" veröffentlicht. Sie enthält umfangreiche Bestimmungen über die Organisation des Exports, die Klassifizierung und Standardisierung der Eier und dürfte dem schon lange empfundenen Mangel einer Anpassung an den Stand der übrigen Eierproduktionsländer Europas abhelfen. Wir werden auf die Bestimmungen der Verordnung und die dadurch notwendig gewordene Umstellung des Exporthandels im einzelnen noch mehr eingehen.

Was ist mit den Schweinen?

Der letzte Posener Viehmarkt hat eine ganz wesentliche Erhöhung der Schweinepreise gebracht. Nachdem noch in der Vorwoche die Höchstnotiz pro 100 kg 132—136 zł betrug, wurden am vergangenen Dienstag bis zu 170 zł gezahlt, und das bei verhältnismässig recht grossem Auftrieb, der in der Regel eine entgegengesetze Wirkung auslöst. In Landwirts- und Händlerkreisen bestehen starke Meinungsverschiedenheiten über die Gründe, die zu dieser plötzlichen Preissteigerung geführt haben. Zweifellos ist dieselbe zu einem Teil auf die im Gange befindliche Ernte zurückzuführen, die die Nachfrage nach Schweinen stets zunehmen lässt. Im Zusammenhang mit der Preissteigerung wird vielfach auch auf die kürzlich zustandegekommenen Abmachungen mit Oesterreich hingewiesen, die zwar provisorisch und in beschränktem Umfange, die polnische Ausfuhr nach diesem Absatzmarkt sichern. Bekanntlich ist am 30. Juni der neue Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn unterzeichnet worden; dieser Vertrag, oder vielmehr die darin enthaltenen Einzelbestimmungen, finden auf Grund der Meistbegünstigungsklausel auch auf die polnische Ausfuhr nach Oesterreich Anwendung. Die in dem Vertrag enthaltenen, auf Borstenvieh bezüglichen Bestimmungen und Zollfestsetzungen bedeuten jedoch im Vergleich mit den Bedingungen, unter denen sich die Ausfuhr nach Wien bisher vollzog, eine Verschlechterung: So wurde die untere Grenze der zollfrei einzuführenden Schweine von 110 auf 150 kg je Stück erhöht und auf diese Weise besonders empfindlich der polnische Schweineexporteur betroffen, da etwa die Hälfte der polnischen Schweineausfuhr nach Oesterreich im Jahre 1930 sich in den Gewichtsgrenzen zwischen 110 bis 150 kg je Stück bewegte. Ausserdem ist die Anwendung des bisherigen Konventionszolles von 18 Goldkronen beschränkt worden auf ein Kontingent, das nur 50 Prozent der ungarischen Schweineausfuhr nach Oesterreich mit einer Stückschwere von 40 bis 110 kg umfasst. Der österreichischen Statistik zufolge belief sich die Einfuhr lebender Schweine aus Polen nach Oesterreich auf 334 510 Stück, wovon 169 534 Stück unter 110 kg wogen, 164 978 Stück aber über 110 kg. Die Hälfte der ersteren Zahl, d. h. von 164 53 4Stück, ist also massgebend für das Kontingent, auf das der Konventionszoll in Zukunft von Oesterreich angewendet werden wird. Es verbleibt also ein Kontingent von 64 767 Schweinen, die in einem Stückgewicht von 40 bis 150 kg zum Konventionszoll werden aus Polen nach Oesterreich exportiert werden können. Die restliche Menge von lebenden Schweinen, die aus Polen nach Oesterreich gingen, das sind an dem Export des Vorjahres gemessen, 252 023 Stück, wird also den vollen autonomen Zoll entrichten müssen, der gemäss der Novelle 5 sich auf 45 Goldkronen für 100 kg oder etwa 100 Prozent des polnischen Inlandpreises beläuft. Daraus ergibt sich, dass die polnische Ausfuhr von lebenden Schweinen nach Oesterreich praktisch auf ein Viertel der Ausfuhr des Jahres 1930 sinken wird, wenn Polen in den bevorstehnden Verhandlungen über den neuen österreichisch-polnischen Handelsvertrag keine weiteren Zugeständnisse erhalten wird, als die, die sich aus der Meistbegünstigungsklausel ergeben. Aber auch diese Exportmöglichkeit kann sich noch im Masse der Verstärkung des Inlandsangebots verringern.

Die Einfuhr geschlachteter Schweine aus Polen nach Wien belief sich nach der österreichischen Statistik im vergangenen Jahre auf 101 100 Stück und ausserdem 535 000 kg Fleisch. Bei Umrechnung des Fleisches mit 50 kg für ein Stück ergibt das 111 800 Stück, wovon die Hälfte, das sind etwa 56 000 Stück, ebenfalls zu dem Ungarn zuerkannten Konventionszoll in Höhe von 26 Goldkronen für 100 kg nach Wien wird exportiert werden können, die andere Hälfte aber den autonomen Zoll gemäss Novelle 5 in Höhe von 70 Goldkronen zahlen muss, wodurch ihr Absatz unrentabel wird.

Im Zusammenhang mit dem neuen österreichisch-ungarischen Handelsvertrag ist jedoch in Wien eine neue Vereinbarung über Einfuhrkontingente für polnische Schweine getroffen worden. Die neue Vereinbarung erhöht das Polen zustehende Kontingent auf 2500 Stück lebende Schweine, und zwar im Durchschnittsgewicht von 81 statt 71 kg, sowie auf 750 Ztr. geschlachtete Ware. Zusammen ergibt das etwa 4000 Stück Schweine wöchentlich. Die polnische Wirtschaftspresse erklärt, dass diese Vereinbarung nur einen provisorischen Charakter tragen kann und bei der für den Herbst in Aussicht genommenen Revision des polnisch-österreichischen Handelsvertrages eine wesentliche Erweiterung zugunsten des polnischen Schweineexports erfahren soll. Die polnische Schweineausfuhr nach Oesterreich betrug 1930 etwa 342 000 Stück, 1929 etwa 404 000 Stück.

Polnische Holzpreise vor und nach dem Kriege

D.P.W. Das polnische Statistische Amt veröffent licht folgende interessante Zusammenstellung über Holzpreise in Złoty in den Jahren 1914, 1927 und 1931.

Ware	Mass	Preisbedingungen	Januar 1914	1927	Mai 1931	Juni 1931
Kiefernlangholz	cbm	Waggon Warschau	—	55,3	32,5	32,5
Brennholz	Tonne	Lager Warschau	—	41,3	50,0	50,0
Kiefernbretter Zimmererware	cbm	Waggon Warschau	114,2	100,5	72,5	67,5
Kiefernbretter Tischlerware	cbm	Waggon Warschau	182,6	149,2	135,0	135,0

Die Preise sind, wie man sieht, im Vergleich zu 1914 um 26 Prozent bis 42 Prozent gefallen.

Wirtschaftskrise und Baumarkt

Rückgang des Welt-Holzhandels.

Nach einer Mitteilung aus Fachkreisen wird der internationalen Holzbilanz grosse Bedeutung geschenkt, aus der hervorgeht, dass der Anteil der Holzgrosslieferanten, Schweden und Finnland, am Gesamtholzwelthandel stark zurückgegangen ist, während die Ausfuhr aus Russland, Polen und der baltischen Provinzen zugenommen hat. Im übrigen ist ein allgemeiner Rückgang des Weltholzhandels zu verzeichnen, der auf den Stillstand am Baumarkt zurückzuführen ist, den die Weltwirtschaftskrise mit sich brachte. England z. B., das bei weitem am meisten Holz einführte, reduzierte im vergangenen Jahre seinenn Holzimport um 10 Prozent, Deutschland sogar um 11 Prozent. Im annähernd gleichen Verhältnis ging der Import von Belgien, Holland und Spanien zurück, während in Australien ein Rückgang des Holzimports von rund 17 Prozent gegenüber dem Vorjahre zu erkennen ist. Nur zwei Länder machen eine Ausnahme. Frankreich steigerte seinen Import um rund 11 Prozent, und Dänemark bezog um etwa 23 Prozent mehr ausländisches Holz als im Vorjahre. Man nimmt an, dass die Bilanz des Weltholzhandels sofort dann wieder auf ihren Standard kommt, wenn die Baumärkte der verschiedenen Länder wieder eine Belebung erfahren.

Vom neuen Zolltarif

Das Ministerium für Industrie und Handel hat den Entwurf des Teiles II des in Ausarbeitung befindlichen neuen polnischen Zolltarifes fertiggestellt, der Textilien und Konfektionswaren betrifft. Der bereits vor einiger Zeit fertiggestellte Teil I des Tarifentwurfes betraf Produkte von Ackerbau und Viehzucht, sowie der landwirtschaftlichen Industrie und Mineral-, Gummi- und Papierprodukte. Der noch nicht

Handelszeitung des Posener Tageblatts

fertiggestellte III. und zugleich letzte Teil des Tarifentwurfes wird Hüttenprodukte, Metallwaren und Maschinen betreffen. In einem Leitartikel des Handelsteils der offiziösen „Gazeta Polska" wird gesagt, das wesentliche Charakteristikum des neuen Tarifentwurfes sei, dass er eine weitgehende Differenzierung der unzulänglichen Nomenklatur des gegenwärtigen Zolltarifes bringe. Bei der Ausarbeitung des neuen Tarifes habe man sich besonders an westeuropäische Vorbilder gehalten, und zwar in erster Linie an das des französischen Tarifs, sowie an das Projekt einer Zollnomenklatur, wie es der Genfer Völkerbund ausgearbeitet hat.

Die Einbringung der Ernte in Sowjetrussland

O. E. Die Einbringung der neuen Ernte, die in den südlichsten Gebieten der Sowjetunion bereits vor einiger Zeit ihren Anfang genommen hat, hat nunmehr auch in einem Teil Zentralrusslands angefangen. Die gesamte Fläche, die in diesem Jahre abzuernten ist, erreicht nach sowjetamtlichen Angaben 137 Mill. ha, wovon 40 Mill. ha auf Winterkulturen (28 Mill. ha Roggen und 12 Mill. ha Winterweizen) entfallen. Die diesjährige Erntefläche ist um über 8 Prozent grösser als die vorjährige Fläche, die rund 127 Mill. ha betrug (darunter 29 Mill. ha Winterkulturen). Im Jahre 1929 betrug die Erntefläche 118 Mill. ha, im Jahre 1928 113 Mill. ha und im Jahr 1927 112 Mill. ha. In diesen Ziffern ist auch die Anbaufläche der technischen Kulturen mit inbegriffen.

O. E. Die Sowjetregierung hat beschlossen, die Nordkaukasische Bergwerksverwaltung aus dem Bestande der Bundesvereinigung der Kohlenindustrie „Ugolj" auszusondern und diese Bergwerksverwaltung in einen Bundestrust umzuwandeln, der unmittelbar dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion unterstellt ist.

Märkte

Getreide. Posen, 23. Juli. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań

Richtpreise:

Weizen	23.50—24.00
Roggen	22.75—23.25
Wintergerste	19.00—20.00
Futterhafer	27.50—28.50
Roggenmehl (65%)	39.00—40.00
Weizenmehl (65%)	38.00—41.00
Weizenkleie	13.50—14.50
Weizenkleie (dick)	15.00—16.00
Roggenkleie	14.50—15.50
Rübsamen	26.00—27.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 162 to, Weizen 136 to.

Produktenbericht. Berlin, 22. Juli. Etwas freundlicheres Angebot in Brotgetreide neuer Ernte. Die Situation am Produktenmarkt hat nur unbedeutende Veränderungen erfahren. Das Geschäft bleibt angesichts der schwierigen Zahlungsverhältnisse auf einzelne Waggons beschränkt. Brotgetreide alter Ernte ist nur in mässigem Umfange offeriert und wird ganz vereinzelt zu stetigen Preisen umgesetzt. In Neugetreide zu kurzfristiger Lieferung kommt etwas mehr Offertenmaterial heraus, da die Landwirtschaft anscheinend die für diese Ware erzielbaren Aufgelder mitnehmen will und andererseits die etwas gebesserten Witterungsverhältnisse die Erntearbeiten für Roggen teilweise erleichtern. Die Preise für Roggen neuer Ernte waren knapp behauptet, dagegen bleibt Neuweizen, der insbesondere an der Küste reichlicher herauskommt, selbst bei Preiskonzessionen schwer abzusetzen. Weizen- und Roggenmehle in sofortiger Ware werden gegen Barzahlung für den laufenden Bedarf gehandelt. Interesse besteht auch für das noch wenig angebotene Roggenmehl neuer Kampagne. Das Offertenmaterial in Hafer bleibt mässig, und bei einiger Konsumnachfrage waren die Preise gut behauptet. Neue Wintergerste liegt stetig, die Kauflust beschränkt sich in der Hauptsache weiter auf feine Qualitäten.

Getreide. Graudenz, 21. Juli. Die Fa. Rolnik notiert folgende Preise für 100 kg in Złoty, loco Verladestation in der Nähe von Graudenz: Roggen 22 bis 23, Weizen 23—24, Gerste 24—25, Hafer 27—28. Marktverlauf: ruhig.

Danzig, 22. Juli. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 128 Pfd. 15—15.50, Roggen f. Mühle 15.50, Wintergerste 13.25, Rübsen, neuer 20.25—21, Raps 18 bis 18.50, Roggenkleie 10, Weizenkleie, grobe 10. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 10, Roggen 2, Saaten 1.

Berlin, 22. Juli. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Roggen 183—188, Hafer 165—171, Weizenmehl 30.75 bis 37.25, Roggenmehl 28—30, Weizenkleie 13—13.25, Roggenkleie 11.75—12.25. Viktoriaerbsen 26—31, Futtererbsen 19—21, Ackerbohnen 19—21, Wicken 24—28, blaue Lupinen 18—20, gelbe Lupinen 24—29, Rapskuchen 9.30—9.80, Leinkuchen 13.70—14, Trockenschnitzel 7.60 bis 7.80, Soya-Schrot 13—13.70.

Thorn, 21. Juli. Notierungen der Getreidekäufer in Thorn. Die Preise verstehen sich in Złoty für 100 kg franko Verladestation in Pommerellen, für Kleien franko Empfangsstation: Gutsweizen 23.50—24, Marktweizen 23—23.50, Roggen 22—23, Hafer 24—25, Weizenmehl 39—41, Roggenmehl 39, Weizenkleie 14 bis 15, Roggenkleie 14.50—15.50, Peluschken 33—36, Wicken 32—36, Blaulupinen 22—25, gelbe 30—35.

Vieh und Fleisch. Warschau, 22. Juli. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.65—2.15 zł. Aufgetrieben wurden 1144 Stück, Rest des Vormarktes 136 Stück. Tendenz: behauptet.

Zucker. Magdeburg, 22. Juli. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschliessl. Sack): März 8.20 Brief, 8.15 Geld; Mai 8.40 bzw. 8.35; Juli 7.15 bzw. 7.05; August 7.15 bzw. 7.05; September 7.30 bzw. 7.25; Oktober 7.45 bzw. 7.40; November 7.65 bzw. 7.60; Dezember 7.90 bzw. 7.85. Tendenz: stetig.

Danziger Börse.

Danzig, 22. Juli. Scheck London 25.21, Dollarnoten gestrichen, Reichsmarknoten 123.20, Złotynoten 58,23½.

An der Danziger Wertpapierbörse vom 22. Juli wurden wieder nur Devisennotierungen vorgenommen. Umsätze wurden nur in geringem Umfange getätigt, u. a. in Złotynoten (ca. 150 000). Der Kurs für Dollarnoten wurde gestrichen. Ausserbörslich hörte man einen Kurs von 5,30. Auszahlung New York notierte 5,2020 Gulden. Etwas schwächer waren Złotynoten und Auszahlung Warschau (Noten 58.23½, Auszahlung 58,21½).

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %:	23. 7.	22. 7.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł)		—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł)	43.00G	43.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	92.00G
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	90.00B	90.00B
4% Konvertierungspfand d. P. Ldsch. (100 zł)	33.50B	33.50G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Industrieaktien

	23. 7.	22. 7.		23. 7.	22. 7.
Bank Polski	—	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	31.00G	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Goplana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: ruhig.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	22. 7. Geld	22. 7. Brief	21. 7. Geld	21. 7. Brief
Bukarest	2.507	2.513	2.502	2.508
Buenos Aires	1.273	1.277	1.288	1.292
Canada	4.198	4.204	4.196	4.204
Japan	2.080	2.084	2.080	2.084
Kairo	20.94	20.98	20.95	20.90
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.415	20.455	20.425	20.465
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Rio de Janeiro	0.284	0.286	0.289	0.291
Uruguay	2.148	2.152	2.198	2.202
Amsterdam	169.73	170.07	169.78	170.12
Athen	5.435	5.445	5.445	5.455
Brüssel	58.64	58.76	58.69	58.81
Budapest	73.47	73.61	73.43	73.57
Danzig	80.92	81.08	80.97	81.13
Helsingfors	10.587	10.607	10.59	10.61
Italien	22.01	22.05	22.02	22.06
Jugoslawien	7.438	7.452	7.438	7.452
Kaunas (Kowno)	41.99	42.07	42.02	42.10
Kopenhagen	112.37	112.59	112.44	112.66
Reykjawik 100 Kronen	92.11	92.29	92.16	92.34
Lissabon	18.53	18.57	18.58	18.62
Oslo	112.37	112.59	112.44	112.66
Paris	16.53	16.57	16.53	16.57
Prag	12.47	12.49	12.47	12.49
Schweiz	81.85	82.01	81.89	82.05
Sofia	3.047	3.053	3.047	3.053
Spanien	38.66	39.74	39.01	39.09
Stockholm	112.74	112.76	112.59	112.81
Wien	59.19	59.31	59.19	59.31
Talinn	111.84	112.01	111.84	112.06
Riga	82.02	81.18	80.92	81.08
Warschau	—	—	—	—

Warschauer Börse

Warschau, 22. Juli. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 9.07, Goldrubel 4.945, Tscherwonetz 0,34 Dollar, deutsche Mark 211.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.48, Belgrad 15.80, Budapest 155.50, Bukarest 5.30, Danzig 171.75, Helsingfors 22.45, Spanien 82.10, Kairo 44.41, Kopenhagen 238.50, Oslo 238.55, Riga 171.85, Sofia 6.46, Stockholm 238.80, Tallinn 237.30, Montreal 8.89¼.

Fest verzinsliche Werte

	22. 7.	21. 7.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	45.00	45.00
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	74.75	—
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	—	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	—	
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zł)	—	84.00
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	

Industrieaktien

	22. 7.	21. 7.		22. 7.	21. 7.
Bank Polski	116.00	120.00	Węgiel	—	—
Bank Dyskont	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	16.25
Puls	51.75	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	31.50	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Mirków	—	—
Drzewo	—	—	Kijewski	—	—

Tendenz: schwach.

Amtliche Devisenkurse

	22. 7. Geld	22. 7. Brief	21. 7. Geld	21. 7. Brief
Amsterdam	358.90	360.70	—	—
Danzig	—	—	—	—
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	—	—	124.19	124.81
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.20	43.41	43.19	43.41
New York (Scheck)	8.905	8.945	8.905	8.945
Paris	34.95	35.13	34.97	35.14
Prag	26.39	26.51	26.39	26.51
Rom	46.58	46.82	46.58	46.82
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.17	125.79	125.17	125.79
Zürich	173.27	174.13	173.27	174.13

Tendenz: behauptet.

Sämtl. Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Lissa

k. Am gestrigen Mittwoch-Markt zahlte man für das Pfund Butter 1.70—1.90, für das Pfund Weißkäse 0.35—0.40, für die Mandel Eier 1.40—1.50. — Am Gemüsemarkt forderte man für Oberrüben 0.10—0.15, Mohrrüben 0.10, Schnittbohnen 0.10—0.15, für ein Kopf Weißkohl 0.10—0.25, Spinat 0.25—0.30, Blumenkohl 0.30 bis 0.50, Zwiebeln 0.10—0.15, die Mandel Gurken 0.40, Pfifferlinge 0.40, Blaubeeren 0.30—0.40, Stachelbeeren 0.80, Birnen 0.50—0.70, Aepfel 0.50, Tomaten 0.80. — Am Geflügelmarkt zahlte man für ein Huhn 2—4.50, ein Paar Tauben 1.10 bis 1.60, eine Ente 2.50—3.50.

k. Ein strenges Urteil. Wie wir seinerzeit berichteten, wurden am Nachmittag des 1. Pfingstfeiertages in dem Hause Ring Nr. 9 zwei Einbrüche verübt. Im ersten Falle ist den Dieben fast gar nichts in die Hände gefallen. An der zweiten Stelle stahlen sie 118 zł Bargeld. Den energischen Nachforschungen der Geheimpolizei ist es gelungen, die Täter bereits am 2. Pfingstfeiertag festzunehmen. Es sind dies der Schlosser Josef Ciesiolka, der Maurer Franz Klemenczak und der Schlosser Wl. Cichy, sämtlich aus Lissa. Am gestrigen Mittwoch hatte sich dies Einbrecher-Kleeblatt nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Alle drei sind, wie aus den Akten hervorging, bereits mehrmals mit Gefängnis wegen Diebstahls bzw. Einbruchs vorbestraft. Trotzdem sie durch mehrere Zeugenaussagen einwandfrei überführt werden konnten, leugneten sie hartnäckig bis zum Schluß der Verhandlung die Tat. Das Leugnen half ihnen jedoch nicht viel, denn der Richter verurteilte die Angeklagten zu folgenden Strafen: Josef Ciesiolka 3 Jahre Zuchthaus, Franz Klemenczak 3 Jahre Zuchthaus, Władysław Cichy 1 Jahr Gefängnis. Die 8wöchige Untersuchungshaft wurde den Angeklagten nicht angerechnet. Bei den ersten zwei Angeklagten wurde auf die Dauer von 3 Jahren Stellung unter Polizeiaufsicht angeordnet. Außerdem wurden alle drei Angeklagten zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Schmiegel

k. Die Protestaktion gegen die beabsichtigte Aufteilung des hiesigen Kreises geht weiter. Am vergangenen Montag hat sich eine Delegation, bestehend aus den Herren Bürgermeister Pioch, den Magistratsmitgliedern Stachowiak und Matuszewski, sowie dem Vertreter des Kreisausschusses, Herrn Posek, zunächst nach Posen zum Wojewoden und dann nach Warschau zum Innenminister begeben. Der Sammelprotest der Schmiegeler Bevölkerung, von dem wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichteten, ist ebenfalls bereits an den Ministerrat und an das Innenministerium abgegangen.

Punitz

k. Ein „liebevoller" Bräutigam. Der Landwirtssohn Walenty A. aus Sarbinowo, Kreis Punitz, hatte mit dem Dienstmädchen Maria Sk. ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Am vergangenen Sonntagabend lockte er das Mädchen aus der Stadt hinaus und begab sich mit ihm an die außerhalb der Stadt gelegene Ziegelei. Dort versuchte er das Mädchen zu überreden, eine Flüssigkeit einzunehmen, durch welche das keimende Leben vernichtet werden sollte. Als das Mädchen sich weigerte, dies zu tun, schlug der Rohling mit einem stumpfen Gegenstand solange auf sie ein, bis sie das Bewußtsein verlor. Nun versuchte er der Bewußtlosen die Flüssigkeit einzuflößen. Durch das scharfe Zeug — es handelte sich um Essigessenz — kam das Mädchen jedoch wieder zu sich und wehrte sich mit allen Kräften gegen den Rohling. In dem nun entstehenden Handgemenge ergoß sich die Essenz dem Mädchen über das Gesicht, in dem sie mehrere Wunden hatte. Infolge der rasenden Schmerzen, die die scharfe Flüssigkeit dem Mädchen verursachte, schrie dieses laut auf, und der Uebeltäter, der wohl befürchtete, daß Vorübergehende zu Hilfe eilen könnten, entfloh. Dem Mädchen gelang es, mit großer Mühe nach der Stadt zu kommen, wo ihm die erste Hilfe im Krankenhaus der barmherzigen Schwestern zuteil wurde. Ihr „Bräutigam" konnte bisher noch nicht gefaßt werden.

Bentschen

ti. Ende der Bank Ludowy? Dieses Bankinstitut besteht hier seit der Vorkriegszeit und hat sich trotz der Inflation wieder herausgearbeitet. Durch eine schlechte Leitung ist es aber derart heruntergewirtschaftet, daß eine Liquidation geplant wird. Nachdem vor etwa vier Wochen ein neuer Aufsichtsrat gewählt wurde, und zwar in einer sehr stürmischen Sitzung, legten die Gewählten jetzt ihre Aemter wieder nieder. Nunmehr wurde auf Sonntag, 19. Juli, eine neue Generalversammlung im Hotel Fellner anberaumt, in der ein neuer Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die Sitzung war so stürmisch, daß sie gar nicht zu irgendwelchen Beschlüssen kam. Unverrichteter Dinge gingen die erschienenen Mitglieder der Genossenschaft wieder nach Hause. Was weiter erfolgen wird, ist unbekannt. Die angemeldeten Ausfälle der Genossenschaft betragen gegen 110 000 Złoty, die von den Genossen evtl. zu decken sein würden. Zwar besitzt die Genossenschaft zwei Hausgrundstücke, die sie schon zu verkaufen beschlossen hat, doch reichen diese zur Deckung der Ausfälle keineswegs. Man hat den Verkauf der beiden Grundstücke in Blättern bisher vergeblich angeboten.

Koschmin

X Mädchen überfallen. Auf dem Wege Kromlice—Mokronos überfielen zwei unbekannte Männer die 30jährige Marie Swarczyńska aus Gościejewo und taten ihr Gewalt an. Den Rohlingen ist man bereits auf der Spur.

Donnerstag, 23. Juli: Sonnenaufgang 3.41, Sonnenuntergang 19.42. Mondaufgang 14.22, Monduntergang 22.43.

Wettervoraussage für Freitag, den 24 Juli

Fortdauer des beständigen und warmen Wetters.

Wasserstand der Warthe am 23. Juli + 0,16 Meter.

Posener Kalender

Radfahrer-Verein Posen. Der für Sonntag, den 26. Juli, geplante Familienausflug nach Zakrzewo (Sassenheim) ist infolge des unbeständigen Wetters auf Sonntag, den 2. August, verschoben worden. Nähere Mitteilungen erhalten die Mitglieder noch durch die Post. Ferner macht der Verein noch bekannt, daß Gäste zu seinen Ausfahrten stets willkommen sind. Der Vorsitzende, Herr Albert Thiem, ul. 27. Grudnia 11, erteilt bereitwilligst Auskunft.

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Polski.

Donnerstag: „Die spanische Fliege".
Freitag: „Das Stubenmädchen sucht Stellung".
Sonnabend: „Das Stubenmädchen sucht Stellung".

Teatr Nowy:

Donnerstag: „Der ruhige Kommissar".
Freitag: „Der ruhige Kommissar".

Kinos:

Apollo: „Erlebnisse einer Nacht". (Igo Sym.) (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Colosseum: „Das Mädchen vom Mont Parnasse". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Launen des Lebens". (7, 9 Uhr.)
Odeon: „Am Wege der Schande". (Marja Malicka.) (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Das tolle Mädel". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Der Glöckner von Notre Dame". (Glöckner: Lon Chaney.) Als Einlage: „Einweihung des Wilson-Denkmals". (5,15, 7,15, 9,15 Uhr.)

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Donnerstag, den 23. Juli

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 16 Grad Cels. Südwestwinde. Barometer 758. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 18, niedrigste + 13 Grad Cels. Niederschläge 1 Millimeter.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 18.—25. Juli. Altstadt: Apteka Czerwona, St. Rynek 37; Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31; Apteka 27 Grudnia, ul. 27 Grudnia 18; Apteka R. Marcinkowskiego w „Bazarze", ul. Nowa. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22; Apteka „Pod Opatrznością Boską", ul. Dąbrowskiego 76. Lazarus: Apteka Łazarska, ul. Maleckiego, Ecke ul. Strusia. — Wilda: Apteka Fortuna, ul. Górna Wilda 96; Apteka przy Bramie Wildeckiej, ulica Górna Wilda 3. Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12; die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 25. Juli.

Posen. 7: Gymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 13: Zeitsignal. 13.05: Schallplattenkonzert. 14: Börsennotierungen. 14.15: Landwirtschaftliche Berichte. 19: Solistenkonzert. 20.05: Beiprogramm. 20.15: (Wie Warschau.) 22: Zeitsignal und Nachrichten. 22.30—23: Von Lemberg: Chopin-Konzert. 23—24: (Wie Warschau.)

Warschau. 11.40: Pat.-Berichte. 11.58: Zeitsignal. 12.05: Programm für den laufenden Tag. 12.10: Schallplattenkonzert. 14.15: Landwirtschaftlicher Bericht. 15.45: Sportbericht. 16: Von Wilna: Hörspiel. 16.30: Liedervortrag mit Klavierbegleitung. 17.15: Schallplatten. 18: Podium für junge musikalische Talente. 19: Verschiedenes. 19.20: Schallplatten. 20.10: Sportbericht I. 20.15: Populäres Konzert. 22.20: Berichte. 22.25: Programm für den nächsten Tag. 22.30: Von Lemberg: Chopin-Konzert. 23—24: Leichte und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 6.45: Frühkonzert (Schallplatten). 11.35, 13.10, 13.50: Schallplatten. 16: Das Buch des Tages. 16.15: Unterhaltungskonzert Funkkapelle. 18.20: Leo Fall. Funkkapelle, Ltg.: Franz Marszalek. 20: Wetter (Wiederholung). Anschließend: Das wird Sie interessieren! 20.30: Militärkonzert des Trompeterkorps Reiter-Rgts. 7, Breslau. Ltg.: Obermusikmeister H. Ulrich. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30—0.30: Von Wien: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 12: Wetter für die Landwirtschaft. Anschließend: Von allem etwas (Schallplatten). 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Jugendstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Von Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft. 19.30: Stille Stunde. 20: Von Köln: Lustiger Abend. 22: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.30: Von Wien: Tanzmusik.

Zwangsversteigerungen

em. Sonnabend, 25. d. Mts., mittags 12 Uhr im Gutshofe Kruchowo, Kreis Mogilno: ein kompletter Dampfpflug, bestehend aus zwei Lokomobilen, vierspurigem Pflug und Wagen mit Wasserkufe. — Sonnabend, 25. d. Mts., vorm. 10 Uhr in Bródki bei Pinne: 6½ Morgen Weizen, eine Nähmaschine, 16 Ferkel, 2 Schweine, Arbeitswagen und eine Kutsche. Versammlung der Käufer 10 Minuten vor Beginn der Versteigerung bei Stelmaszyk in Bródki.



Die Teilnehmer an der Londoner Konferenz

Die zur Sieben-Mächte-Konferenz versammelten Delegierten auf dem Hof des Auswärtigen Amtes in London. Vordere Reihe von links nach rechts: Mellon (U. S. A.), Laval (Frankreich), Macdonald (England), Stimson (U. S. A.), Henderson (England). In der zweiten Reihe erkennt man Briand, Reichskanzler Dr. Brüning und den italienischen Außenminister Grandi.

Oesterreichs „Unabhängigkeit" vor dem Haag

Professor Bruns plädiert

Professor Dr. Bruns, der vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof sein Plädoyer fortsetzte, stellte zunächst nochmals fest, daß der im Vertrag von St. Germain und im Genfer Protokoll von 1922 verwandte Begriff der Unabhängigkeit lediglich die juristische, nicht die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit meine.

Der Begriff der juristischen Unabhängigkeit sei namentlich im französischen Schriftsatz klar herausgearbeitet. Wo dieser Schriftsatz feststelle, „Unabhängigkeit eines Staates bedeute, daß dieser Staat im Rahmen seiner Zuständigkeit kraft seiner selbst und kraft seiner eigenen Organe handle", da befinde sich die deutsche und die französische Auffassung durchaus in Uebereinstimmung. Es sei gleichfalls die deutsche Auffassung, daß eine Verletzung der Unabhängigkeit vorliege, wo auf eine Zerstückelung des betreffenden Staates abgezielt werde. Deutscherseits stimme man auch mit der französischen Auffassung überein, daß der Vertrag von St. Germain Oesterreichs Unabhängigkeit, wie sie 1919 vorlag, habe bewahren wollen und daß diese Absicht vereitelt würde, falls Oesterreich, obschon in der Ausübung seiner verbrieften Rechte frei, diese Hoheitsrechte selber aufgebe oder abtrete. Die teilweise oder völlige Aufgabe der österreichischen Souveränitätsrechte ist nur mit Zustimmung des Völkerbundsrats möglich. Die französische Schlußfolgerung, daß bei der Bestimmung der österreichischen Unabhängigkeit sowohl die Art und Weise, wie es seine Hoheitsrechte bewahre, als auch die Art und Weise, wie es diese aufgebe, betrachtet werden müsse, müsse er (Bruns) als unmöglich abweisen, da in diesem Fall die französische These die Ausübung eines Rechts gewissermaßen mit der Preisgabe eines Rechts gleichsetze. Die Frage nach der Ausübung eines Rechts dürfe nicht mit der Frage nach dem Aufgeben eines Rechts verquickt werden.

Denn die Ausübung des österreichischen Hoheitsrechts, sich eine Verpflichtung aufzuerlegen, sei sie denn gleichbedeutend mit einer Auslöschung der Staatshoheit, der Unabhängigkeit? Eine Einschränkung in der Ausübung eines Hoheitsrechts bedeute niemals eine auch nur teilweise Preisgabe desselben.

Wieviel Verpflichtungen müsse wohl eigentlich ein Staat auf sich nehmen, um seine Unabhängigkeit voll und ganz preiszugeben? Von vollständiger Unabhängigkeit könne eigentlich nur dort gesprochen werden, wo ein Staat völlig frei von allen Rechtsverpflichtungen ist. Jeder Staat aber, welcher der internationalen Völkergemeinschaft angehört, sei zum mindesten der Verpflichtung des gemeinen Rechts unterworfen. Völlig unabhängig wäre ein Staat nur, wenn er sich außerhalb der Völkergemeinschaft, d. h. des Rechts selber, stellte. Das wäre doch aber wirklich eine bizarre Schlußfolgerung!

Die französische Auffassung, daß sich staatliche Unabhängigkeit nicht mit dem Vorhandensein internationaler Verpflichtungen vertrage, mache es schwierig, die Grenzen zu bestimmen, wo Preisgabe oder Nichtpreisgabe eines Souveränitätsrechts vorliege. Was seien überhaupt „normal übernommene" Verpflichtungen? Können Oesterreichs durch den Vertrag von St. Germain übernommene Verpflichtungen als normal bezeichnet werden? Lassen sich z. B. die Verpflichtungen, die aus der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa hervorgehen würden, als „normal" bezeichnen?

Die italienische These gleiche der französischen. Bei von einem Staat übernommenen Verpflichtungen handle es sich nicht nur um eine Verbindlichkeit zur Abtragung bestimmter Leistungen, sondern um ein bestimmtes, nicht-autonomes Allgemeinauftreten. Diese Unterscheidung könne man jedoch nicht machen, denn ein Staat, der sich zu einer Reihe von Leistungen verpflichte, verpflichte sich doch auch zu einer allgemeinen Linie seines Auftretens und umgekehrt.

Am Nachmittag fuhr Professor Bruns in seinem Plädoyer fort:

Die gegnerische These, „ein Staat, der vertragliche Verpflichtungen auf sich nehme, gebe seine Souveränitätsrechte preis", könne keinesfalls angenommen werden. Preisgabe der Souveränität liege höchstens vor, wenn von einer relativen oder faktischen Unabhängigkeit die Rede sei. Diese Art der Unabhängigkeit habe aber weder der Vertrag von St. Germain noch das Protokoll von Genf im Auge. Hierauf ging Professor Bruns die verschiedenen Auffassungen durch, die in den gegnerischen Denkschriften über den Begriff der „Entäußerung der Unabhängigkeit" niedergelegt sind. Der Abschluß einer Zollunion könne keinesfalls als eine Entäußerung der staatlichen Unabhängigkeit gelten. Keine der früher geschlossenen Zollallianzen habe die Unabhängigkeit eines der Vertragspartner mit sich gebracht. Dabei seien die früheren Zollverträge hinsichtlich ihres Ausmaßes, ihrer Dauer sowie der Einschränkung der Souveränitätsrechte viel weitergegangen als das geplante deutsch-österreichische Zollregime. Was die tschechoslowakische Denkschrift betreffe, so erbringe sie nirgendwo den Nachweis, daß der Abschluß der deutsch-österreichischen Zollunion die Schließung eines anderen Vertrages nach sich ziehen werde, durch den die Selbständigkeit des österreichischen Staates vernichtet werden soll. Ueberhaupt solle man nicht in vage Zukunftsmöglichkeiten abschweifen, andernfalls könne er in die Vergangenheit zurückgehen und untersuchen, ob die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain und des Protokolls von Genf sich mit dem Waffenstillstandsabkommen und mit den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson vertrügen.

Professor Bruns läßt darauf die verschiedenen kritischen Einwände Revue passieren, die gegen das Protokoll von Wien erhoben worden sind. Die deutsche Regierung sei der Meinung, daß nur eine Verletzung der österreichischen Unabhängigkeit im juristischen Sinne des Wortes eine Entäußerung der österreichischen Unabhängigkeit bedeuten würde. Frankreich sage, daß die deutsch-österreichische Zollunion so vollständig wie nur möglich sei. Doch die juristische Form der Union könne noch weitergetrieben werden, obschon auch die Einsetzung eines Schiedsgerichts vorgesehen sei; freilich werde keines der beiden Länder der Autorität des anderen unterworfen. Diese französische Feststellung begrüßt Professor Bruns mit besonderer Genugtuung. Italien, das heute den Abschluß einer Wirtschaftsallianz für einen selbständigen Staat als etwas Unannehmbares bezeichne, habe selber schon 1923 mit Oesterreich einen Handelsvertrag geschlossen. Nach der italienischen These hätten eine ganze Menge Staaten, Belgien, die Schweiz, ihre Unabhängigkeit verlieren müssen. Bei der Untersuchung, ob das Wiener Protokoll die juristische Unabhängigkeit Oesterreichs antaste, weist Professor Bruns darauf hin, daß Oesterreich zwar die Erhebung von Einfuhrzöllen auf deutsche Waren abschaffen werde, daß deswegen die Zollgrenze Oesterreichs aber nicht bis an die Nordsee hinausgeschoben würde und daß etwa hier deutsche Beamte den österreichischen Zoll erheben. Oesterreichische Beamte werden keinesfalls durch deutsche Beamte ersetzt werden, und umgekehrt anerkennt Oesterreich, daß die an der deutschen Grenze erhobenen Zölle ausschließlich in die Tasche des deutschen Staates fließen. Die Handelsverträge der beiden Staaten würden von jedem einzeln abgeschlossen und einzeln unterzeichnet. Frankreich sei der Meinung, daß in gewissen Fällen die Verwirklichung der Absichten Oesterreichs von den Absichten Deutschlands abhänge. Hierauf antwortete Bruns mit der Frage, wenn ein Staat seine Unabhängigkeit dadurch verlöre, daß er sich mit einem anderen über gewisse Vorhaben verständigen muß, wäre es dann überhaupt noch möglich, politische Bündnisverträge zu schließen?

Der französische Schriftsatz

Die französische Regierung hat gestern dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag einen 52 Seiten umfassenden Schriftsatz übergeben, worin sie ihren ablehnenden Standpunkt zur Zollunion darlegt. Die Havasagentur veröffentlicht die Schlußfolgerung dieses Berichts, die u. a. lautet:

Die französische Regierung hat (in dem Hauptteil des Schriftsatzes) in zahlreichen Fällen die Unvereinbarkeit einer österreichisch-deutschen Zollunion mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem Genfer Protokoll von 1922 dargestellt. Sie glaubt jedoch daran erinnern zu müssen, daß sie vom Gerichtshof nicht verlangt, eine so eingehende Prüfung vorzunehmen. Denn das Gericht ist nur dazu berufen, zu sagen, ob das geplante Regime mit den angeführten Verträgen vereinbar ist oder nicht. Wenn der Gerichtshof in einem einzigen Punkt die Unvereinbarkeit feststellt, wird das genügen, um mit „Nein" zu antworten, ohne daß er gehalten ist, seine Prüfung auf andere Punkte auszudehnen.

Das Gericht hat also nur über eine Rechtsfrage zu entscheiden und nicht die Vorteile und Ungelegenheiten der geplanten Zollunion zu prüfen, weder nach der wirtschaftlichen noch nach der politischen Seite, sondern einzig und allein, ob das Zollregime vereinbar ist mit dem Protokoll vom 4. Oktober 1922 und mit Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain.

Allerlei vom Tage

Durch Verordnung des Agrarreformministers sind zwei Kreis-Landämter, in Mikolowo und Tarnowitz in Schlesien, aufgehoben worden.

*

Wegen der Herabsetzung der Invalidenrenten laufen bei der Regierung von verschiedenen Seiten Proteste ein, die eine Aufhebung der durchgeführten Einschränkungen verlangen.

*

Vor dem Warschauer Bezirksgericht hatte sich der Abgeordnete Dubois als verantwortlicher Redakteur des „Robotnik" wegen einer Notiz zu verantworten, die vor 4 Jahren gebracht worden war, als Oberst Rayski zum Chef des Flugzeugdepartements ernannt wurde. Wegen dieser Notiz war vom Obersten Rayski der Prozeß wegen Verleumdung anhängig gemacht worden. Das Blatt hatte damals einer Notiz des Glos Prawdy, in der von einem Geschenk für den Obersten in Gestalt eines Autos der Firma Lorraine-Dietrich berichtet wurde, hinzugefügt, daß die Annahme des Autos nicht erfolgen dürfe, da dies den Charakter einer Bestechung haben könnte. Der Zeuge General Konarzewski erklärte, daß Anfang 1927 die genannte Firma an das Kriegsministerium ein Schreiben richtete, in dem sie mitteilte, daß sie 2 Automobile für die Sieger des polnischen Fluggeschwaders stifte, nämlich für den Hauptmann Orlinski und den Obersten Rayski. Rayski wollte das Auto nicht annehmen und bat um dessen Ueberweisung an den Staatsfiskus. General Konarzewski wies damals darauf hin, daß die Angelegenheit nicht schlecht ausgelegt werden könne, da es sich um einen Sportpreis handle und Rayski in keinem Verhältnis zur Firma stünde. Trotzdem verzichtete Rayski auf das Auto, das in den Besitz des Kriegsministeriums überging, von dem das Auto Rayski zur ausschließlichen Verfügung zugeteilt wurde. Oberst Rayski sagte als Zeuge aus, daß er in den Jahren 1924 und 1925 an einigen Flugrennen teilgenommen und in Flugzeugen mit Motoren der Firma Lorraine-Dietrich geflogen sei. Ferner bemerkte er, daß er auf das Auto noch vor Erscheinen der Pressenotiz verzichtet habe. Der Verteidiger des Angeklagten erklärte dagegen, daß der Verzicht erst nach der Notiz des „Glos Prawdy" erfolgt sei und daß das Geschenk zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen habe dienen sollen. Hier verlange er die Vernehmung des früheren Majors Kubala. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und verurteilte Dubois zu einem Monat Haft. Diese Strafe wird auf Grund der Amnestie erlassen.

*

Ueber Dünaburg hat ein furchtbares Unwetter gewütet, durch das über 1500 alte Kiefern umgeworfen wurden. In der Ortschaft Swenten, 25 Kilometer von Dünaburg, ist starker Hagelschlag verzeichnet worden. Auf einer Strecke von mehreren Quadratkilometern sind die Saaten förmlich in die Erde hineingepreßt.

*

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, ist im Zusammenhang mit der Erhöhung der städtischen Steuern in Bagdad ein Generalstreik ausgebrochen. Wegen der Schließung der Geschäfte hat der Magistrat unter polizeilicher Bedeckung Lebensmittelmagazine zur Versorgung der Einwohnerschaft mit Artikeln des ersten Bedarfs eröffnet. Ein Magistratswagen, der mit Fleisch beladen war, wurde von Streikenden überfallen und das Fleisch auf die Straße geworfen. Die Polizei hat mehrere Personen verhaftet, darunter auch den Vorsitzenden der Kaufmannvereinigung in Bagdad wegen Aufwiegelung zum Streik.

Die letzten Telegramme

Curtius und Briand

London, 23. Juli. (R.) Dr. Curtius hatte mit Briand gestern abend um 18 Uhr eine Unterredung, über deren Gegenstand nichts bekannt geworden ist.

Zwei britische Offiziere in einen indischen Zuge überfallen

Bombay, 23. Juli. (R.) Zwei britische Offiziere wurden im Pandschab-Expreß in ihrem Abteil überfallen und durch Dolchstöße schwer verletzt. Der Ueberfall erfolgte in der Nähe von Bhusaval nordöstlich von Bombay.

Die Lage in Madrid bleibt weiterhin ernst

Paris, 23. Juli. (R.) Nach Blättermeldungen aus Madrid bleibt die Lage in Sevilla, wo in den letzten Tagen sehr heftige Zusammenstöße stattfanden, nach wie vor ernst. Die Zahl der Toten soll vier und die der Verletzten gegen zwanzig betragen.

Attentat auf den chinesischen Finanzminister und den japanischen Geschäftsträger in Schanghai

New York, 23. Juli. (R.) „Associated Preß" meldet aus Schanghai, daß gestern auf dem dortigen Nordbahnhof gegen den chinesischen Finanzminister Soong und den japanischen Geschäftsträger Schigemitsu Bomben geworfen wurden. Beide blieben unverletzt, aber vier Passanten erlitten Verwundungen.

Dreifacher Selbstmord

Liegnitz, 23. Juli. (R.) Drei Personen wurden in ihrer Wohnung gestern nachmittag, durch Leuchtgas vergiftet, tot aufgefunden. Es handelt sich um die 20jährige Margot Raspe, den 18jährigen Günther Raspe und um den 49 Jahre alten Franz Buhlida. Man vermutet, daß die Drei wegen wirtschaftlicher Sorgen Selbstmord verübt haben.

Schluß der Londoner Konferenz

London, 23. Juli. (R.) Die Sieben-Mächtekonferenz ist um 10 Uhr zusammengetreten. Dr. Brüning und die Mitglieder der deutschen Delegation werden, einer Reuter-Meldung zufolge, London heute abend verlassen, und sich über Hoek van Holland nach Hause begeben. Die französischen Delegierten werden morgen abreisen. Heute nachmittag findet noch, wie bereits gemeldet, eine Garden-Party im Buckingham-Palast statt.

Die letzte Werkstättenfahrt des „Graf Zeppelin" vor der Arktis-Expedition

Friedrichshafen, 22. Juli. (R.) Unter Führung von Dr. Hugo Eckener ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" Mittwoch um ½6 Uhr zu einer letzten Werkstättenfahrt vor der Arktis-Expedition aufgestiegen. Im Laufe der mehrere Stunden dauernden Fahrt, zu der die Besatzung in voller Polarausrüstung an Bord gegangen war, sind die für die Arktisfahrt des Schiffes neu eingebauten Instrumente geprüft worden; man hat ferner mit der von der Friedrichshafener Werft auf dem Pfänder bei Bregenz neuerrichteten Sendestation Funkversuche vorgenommen und auch die Peilanlage einer Prüfung unterzogen. Diese Sendestation am Pfänder soll während der Arktisfahrt mit dem Luftschiff in ständiger Verbindung bleiben.

Durch einen Durchlaßschacht, der in das Luftschiff eingebaut worden ist, sind zwei kleine Freiballons abgelassen worden, deren einer mit einem besonders leichten Sendeapparat ausgerüstet war. Dieses Experiment glückte ebenso wie die Erprobung der übrigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Flucht eines kommunistischen Abgeordneten

Warschau, 23. Juli. (Eig. Tel.)

Gestern früh ist aus dem Wartesaal dritter Klasse auf dem Hauptbahnhof in Kattowitz der ehemalige kommunistische Abgeordnete des schlesischen Sejm Józef Wieczorek entflohen. In einem Augenblick der Unaufmerksamkeit des begleitenden Polizisten gelang es ihm spurlos zu verschwinden, und alle Nachforschungen haben bisher zu seiner Ergreifung nicht geführt. Wieczorek war kommunistischer Abgeordneter vom 2. schlesischen Sejm und wurde kürzlich durch das Bezirksgericht in Kattowitz zu 2 Monaten Gefängnis wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verurteilt. Er sollte jetzt mit der Eisenbahn in das Gefängnis von Wronke überführt werden.

Spitzengehälter

Diplomaten und kirchliche Würdenträger

Die Berliner Beamtenkorrespondenz veröffentlicht Angaben über die Höhe der Gehälter der katholischen Würdenträger. Danach bekommen: Erzbischof von Köln 194 000 Rm.; Erzbischof von Breslau 191 760 Rm.; Erzbischof von Paderborn 159 136 Rm.; Erzbischof von Münster 154 245 Rm.; Bischof von Trier 140 000 Rm.; Bischof von Aachen 115 245 Rm.; Bischof von Osnabrück 101 600 Rm.; Bischof von Berlin 93 000 Rm.; Bischof von Hildesheim 92 503 Rm.

Demgegenüber erhalten die Diplomaten des Deutschen Reiches: der Gesandte in Buenos Aires 127 507; der Botschafter in Washington 126 106; der Botschafter in London 117 458; der Botschafter in Madrid 116 966; der Botschafter ins Moskau 113 524; der Botschafter in Rom 103 856; der Botschafter in Paris 102 559; der Gesandte in Peking 76 637; der Gesandte in Warschau 65 531; der Gesandte in Wien 64 051 Rm.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

KINO „APOLLO" | **Ab Mittwoch, den 22. d. Mts.** | **KINO „APOLLO"**

„Erlebnisse einer Nacht" mit Marcella Albani, Igo Sym.

Dieser erstklassige Tonfilm zeigt auf spannendste Weise interessante Einzelheiten aus dem Privatleben der Zirkuskünstler, halsbrecherische akrobatische Leistungen, höchsten Mut angesichts des Todes, sogen. „Salto mortale" u. a.

Beginn der Vorführungen um 4.30, 6.30 und 8.30 Uhr. Vorverkauf der Eintrittskarten von 11.30 bis 1.30 Uhr mittags. Tel. 11-55.

Deering - Eckert
Getreidemäher
Vorderwagen
Schleifsteine
Pferderechen
Ersatzteile zu allen Mähmaschinen
offeriert
Woldemar Günter
Landmaschinen
Poznań, Telefon Nr. 52-25, Sew. Mielżyńskiego 6.

Brillen, Kneifer, Lorgnetten
in großer Auswahl, genau optisch der Gesichtsform angepaßt empfiehlt
Carl Wolkowitz
27 Grudnia 9 **Diplom-Optiker** 27 Grudnia 9
Absolvent der Hochschule für Optik in Jena
Augenuntersuchungen mittels eines auf streng wissenschaftlicher Grundlage konstruierten Apparates **kostenlos.**



Bei der Weinbereitung das Wichtigste nicht vergessen: Kitzinger Reinzuchthefe

---

Suofacsalvum
Das idealste Schutz- und Vorbeugungsmittel bei **Schweinen** gegen
Seuche, Pest, Rotlauf
und dgl.
Tropfenweise Anwendung.
Äußerst sparsamer Verbrauch.
Allseitige Anerkennung.
Erhältlich in Flaschen
100 g — **2.50 zł** 500 g — **8.00 zł**
250 g — **4.50** „ 1 kg — **15.00** „
Versand nur durch die
Apteka na Sołaczu
Poznań, Mazowiecka 12
Tel. 5246 Tel. 5246

Alfa, Szkolna 10
Ecke Jaskólcza (Schwalbenstr.)

Billigste Einkaufsquelle für **Geschenkartikel**
Bijouterie, Briefkassetten, Alben, Rahmen,
Schreibzeuge, Figuren, Bilder. Postkarten-Zentrale.
Bitte genau auf die Firma zu achten!

Sächsisches Staatsbad
Bad Elster
Deutschlands größtes Moorbad
Rheuma, Herz-, Nerven- u. Frauenleiden.
Pauschalkuren
Prospekt durch die Badedirektion.

Detektiv
Büro
GREIF
seit 20 Jahren in Posen
Ermittelungen
Beobachtungen
Auskünfte
Ratajczaka 15
(Apollo).

Möbel *in größter Auswahl*
zu ermäßigten Preisen
empfiehlt
A. Baranowski, Poznań
ul. Podgórna 13.

Elegante und preiswerte
Damenhüte
Margarete Schulz
Poznań, św. Marcin 41, I
(Kein Laden)

Annoncen-Expedition
Kosmos Sp. z o. o.
Zwierzyniecka 6 **Poznań** Tel. 6105, 6275
Reklame- und Verlagsanstalt
Groß-Sortiment
vermittelt
Anzeigen zu Originalpreisen
für sämtliche Zeitungen und Zeitschriften des In- und Auslandes.
Bei Wiederholungen Rabatt.
Kostenanschläge und Beratung kostenlos.
Anzeigen - Verwaltung
des Posener Tageblattes, Posen.

Drainagen
und sämtliche Bodenarbeiten übernimmt
Winger - Książ, Kreis Śrem.

Klavier
sofort zu kaufen gesucht Off. m. Preisangabe u. **1571** a. d. Gest. d. Ztg.

Stadtgrundstück!
In kl. Stadt, am Markt gel. Haus mit 8 Räum., Laden m. Schauf., elektr. Beleucht., ger. Stall und Schuppen, 2 M. Gartl., geeign. für jed. Geschäft, billig zu erkaufen. Anz. 6—7000 zł. Zu erfrag. u. **1573** a. d. Geschst. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kunden-Werbung
nur durch Inserate im
Posener Tageblatt

Gesellschaft
Theater
Mode
Kunst
in Deutschlands vornehmster und schönster Zeitschrift
SPORT IM BILD
alle 14 Tage. Reise- und Gesellschafts-Romane. Vielfarbige Illustrationen auf Kunstdruckpapier. Beste literarische u. künstlerische Mitarbeiter
Abonnements bei allen Buchhandlungen Kostenlose Probenummer durch den
Verlag Scherl, Berlin SW 68

Glas
Garten-, Fenster-, Ornament-, Katedral-, Roh-, Draht- und Farben-Glas ect., Glaserkitt und Glaserdiamanten,
Spiegel u. Spiegelglas
empfiehlt in grosser Auswahl
Polskie Biuro Sprz. Szkła Sp. z o. o., POZNAŃ,
Małe Garbary 7a, Tel 28-63.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen
vom 25. 7. bis 1. 8. 1931.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, ½8 Uhr: Beichtgelegenheit. 9 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Vesper, Predigt und hl. Segen. — Montag, 7 Uhr: Gesellenverein.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 7¾ Uhr. — Sonnabend, morgens 7½ Uhr; vorm. 10 Uhr; nachm. 5 Uhr. Sabbath-Ausgang 8,49 Min. Werktäglich, morgens 7 Uhr; abends 7½ Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend, nachmittag 4½ Uhr Mincha.

Überschriftswort (fett) ---------- 30 Groschen
jedes weitere Wort ---------- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietsgesuche

3 Zimmer-
Wohnung mit Badegelegenheit, ab 1. Septbr. gesucht. Neubau bevorzugt. Off. u. **1563** a. d. Geschst. d. Zeitg.

3—5 Zimmer-
Wohnung direkt vom Wirt, gegen Vorauszahlung der Miete nach Vereinbarung sofort gesucht. Offerten u. **1514** a. d. Geschst. d. Ztg.

Vermietungen

Wohnung
6 Zimmer, hochherrschaftl., sofort zu vermieten. Poznań, Grunwaldzka 42.

6 Zimmerwohnung
hochherrschaftl., mit sämtlich. Komfort, in schöner Villa, evtl. mit Garage, direkt vom Hausbesitzer sof. zu vermieten Poznań, Marynarska 9, I.

Möbl. Zimmer

2 Zimmer
teilweise möbl., von sofort zu vermieten. Offerten u. **1548** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Landaufenthalt
in deutscher Familie (Forsthaus) für 15 jähr. polnischen Gymnasiasten zwecks deutsch. Sprache gesucht. Off. unt. **1536** a. d. Geschst. d. Ztg.

Ferienaufenthalt sucht
möglichst in Försterei, zum 1. Septbr., evtl. auch früher, auf 4 Wochen. Angeb. mit Preis erbeten u. **1570** an die Geschäftsst. dieser Zeitg.

An- u. Verkäufe

Damen-Winter-
und Sommermantel, gebr., sehr billig zu verkaufen. Off. unt. **H. M** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Stutzflügel
schwarz, „Carl Rönisch" Dresden, Palisanderflügel „Josef Fritz" Wien gibt günstig ab Pozn. Dom Komisowy, Dominikańska 3, Tel. 2442 gegenüb. d. Kirche.

Zu verkaufen:
1 gebr., einfacher Walzenstuhl 300×600,
2 Trieure 600×2500 mm,
1 Zylinder 650×2250 mm,
Fr. Rubel, Poznań Wenecjańska 2, Tel. 15-07

Stellengesuche

Hausschneiderin
perfekt, akurat, empfiehlt sich, auch aufs Land. Off. u. **1569** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Suche
zum 15. August 1931 Stellung als Kinder- u. Stubenmädchen. Nähkenntn. und gute Zeugn. vorh. Nicht auf ein Gut. Gefl. Offerten u. **1572** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Brauchen Sie Geld?
Eine „Klein-Anzeige" im **Posener Tageblatt** bringt Sie rasch mit Kapitalisten in Verbindung!

Buchhalterin Stenotypistin
deutsch-polnisch, gute Zeugn., sucht Stellung, eventl. Vertretung. Off. unter **1566** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Landw. Beamter
ledig, 34 Jahre alt, Landwirtschaftsschule, Praxis. Handelsschule, Buchführung deutsch-polnisch perfekt, s. Stellung. Offerten an Skoracki, Leszno Wlkp., Łaziebna 3.

Bedienungsfrau
sauber und ehrlich, sucht Bedienungs- und Waschstellen. Josefa Gruchot, ulica Podgórna 12 bei Nowicki.

Mädchen
ehrlich, einfach, vom Lande, 22 jährig, noch nicht in Stellung gewesen, sucht Stellung. Offerten unter **1556** a. d. Geschst. d. Ztg.

Bürogehilfin
Stenogr. u. Schreibmaschine, jung, intellig., sucht sof. Stell. Ang. an J. Werner, Papierwarenhandlung, Krotoszyn Piastowska 23.

Polin sucht Stellung
bei alleinstehendem Herrn, als Privat-Gutssekretärin, mit Aufsicht des Haushaltes. Perfekt: Buchführ., Maschine Deutsch in Wort u. Schrift. Off. mit Gehaltsangabe u. **1553** a. d. Geschäftsstd. Zeitg.

Offene Stellen

Junger Müller
mit Sauggasmotor vertraut, wird von sofort gesucht. H. Kusch, Polichnowo, pow. Nakło n./N.

Dienstmädchen
in Kochen u. Plätten erfahr., zu sofortig. Antritt in mittl. Provinzstadt gesucht. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. u. **1547** a. d. Geschst. d. Ztg.

Verschiedenes

Unverheirateter
privater Beamter, sucht mit 8—10 000 zł Einlage oder Kaution Stellung, gleich welcher Art oder als stiller Teilh. an sicher. Unternehm., wo Anstellungsmöglichkeit. Spricht polnisch Off. unt. **1561** a. d. Geschst. d. Ztg.

Lebensgefährtin
evgl. 35—45 J., sucht kinderlos. Witwer. Gefl. Zuschrift mit kurz. Familien- u. Vermögens-Angab. u. **77419.** **1558** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. Bild gegen Rückgabe. Diskret. beiderseits Beding.

Unterricht

English lessons
with easy practical method for lesser cast in somer.
Św. Marcin 18, m. 3.

Französisch Englisch
erteile billig. Offerten unter 1559 an die Geschst. d. Ztg.

Tiermarkt

Jagdhund
Frischer Setter, 1. Feld. zu verkaufen. Off. unt. **1562** an die Geschäftsst. d. Zeitg.